FRENTE

2
1994
NOVEMBER
80 PFENNIGE

DRUCK

antifaschistisches jugendinfo leipzig

MÖCHTEST DU:
Eintauchen in die "antimediale Welle"?
Die "Leipziger Linie" überspringen?
Durch Berliner Knastmauern sehen?
Luftholen beim Beschluß Nummer 949/93 der SVV?

Guten Tach! Wir haben uns ganz dolle beeilt, um die lange Sommerpause ein wenig aufzuholen, und so gibt es eben jetzt schon das zweite FRENTE-Heft. Für das erste Heft haben wir bereits diverse Kritiken erhalten, aber wir sind nach wie vor an Euerer Meinung mächtig interessiert. Die Schwerpunkte sind diesmal auf die aktuellen Ereignisse bei den Räumungen der besetzten Häuser in Plagwitz und Connewitz gefallen, ebenso gibt es eine Menge Hintergrundinfos über den Hofgeismarer Kreis. Auch der Fall Kaindl, der in Berlin vor Gericht verhandelt wird, wurde von uns noch einmal genauer unter die Lupe genommen. Für alle, die noch überlegen, was sie ihren Liebsten zum Weihnachtsfeste auf den Gabentisch legen könnten, empfehlen wir in eigener Sache unser Spezial-Abo über sechs frische FRENTE-Ausgaben für weihnachtliche 17 Märker.

(siehe nähere Details im Heft)

Im FRENTE Nr.3 werdet ihr übrigends einen längeren Artikel über Rassismus und rechte Parteien und Gruppen in der Tschechischen Republik finden.

Nicht unwichtig ist auch noch der Hinweis, daß am 9. November zum Jahrestag der Pogromnacht eine Demonstration stattfindet, die 17 Uhr am Nordplatz (Nähe Zoo) startet.

Viel Spaß beim Geschenke auspacken wünscht Euch

Euer Schang-Lück.

BEILAGEN:

news von rechts.....4
Die "Leipziger Linie".....7
"Wer sich nicht wehrt".....12
Gnade für Faschisten.....14
Einigkeit von PDS bis CDU.....15
Verfahren eingestellt.....18
Nationalrevolutionäre in der SPD.....19
Birne goes Schönhuber.....35
"Wow, ich bin im Fernsehen!".....36
Hintergründe zum "KAINDL-FALL".....40
Immer wieder Maul halten.....52

IMPRESSUM

Herausgeber:
Antifa Jugendfront
Bernhard-Göring-Str.152
04277 Leipzig

V.i.S.d.P.: Frank Stefan
(Adresse s.o.)

Eigendruck im Selbstverlag

Postanschrift:
"FRENTE"
Antifa Jugendinfo
Bernhard-Göring-Str. 152
04277 Leipzig

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

news von rechts

Nazis kundschaften besetzte Häuser aus

Das Gelände um die besetzten Häuser in der Aurelienstraße im Stadtteil Plagwitz wurden Mitte Oktober mehrfach von Faschisten ausgekundschaftet. Einmal hatten sie sogar versucht, mittels einer Leiter in das Gelände einzudringen. Die bellenden Wachhunde haben sie jedoch von weiteren Schandtaten abgehalten. Die BewohnerInnen vermuten, daß hier eine organisierte Faschogruppe einen Überfall plant. Dazu werden sie wohl keine Gelegenheit mehr haben, weil die Polizei mittlerweile ihnen zuvorgekommen ist, und die Häuser geräumt hat.

Republikaner ziehen um

Die Reps sind in den letzten Wochen durch die Absägungsversuche ihres Parteivorsitzenden Schönhubers ja genügend im Bild der Öffentlichkeit gewesen. Interessantes gibt es auch aus Leipzig zu vermelden. Nachdem vor einigen Monaten die Landesgeschäftsstelle in der Mockauer Straße verwüstet, sowie Mitgliederlisten und die Landeskasse geklaut wurden, ist die Rep-Geschäftsstelle jetzt nach Dresden umgezogen. In Leipzig sind die Republikaner nur noch durch ein Postschließfach erreichbar.

Zimmermanns neues Auto

Seit Jahren führt der Leipziger FAP-Kader Dirk Zimmermann nicht nur ein paar Neonazis, sondern auch die Hitparade "Wer wechselt am meisten seine Autos?" an. Sein aktueller Chartbreaker ist ein roter VW Passat-Kombi mit dem Kennzeichen L-AL 1332. Dieses Modell wurde außerdem noch optisch aufgewertet durch verdunkelte Hinterscheiben (schmucke Rollos) und eine Kollektion Hundeaufkleber(u.a. zwei große Pittbull-Sticker, einen Schäferhundkopf). Alle die jetzt dürsten, diesen Highwayraiser einmal zu betrachten, werden bestimmt in der Nähe der Georg-Schumann-Straße, kurz vor dem Rathaus Wahren pfündig werden.

Faschos überfallen eine junge Frau

Am frühen Abend des 24. Oktober verprügelten mehrere Faschos aus dem Jugendclub ... am Plagwitzer Bahnhof eine junge Frau. Dabei traten sie ihr in den Unterleib und verletzten sie schwer. Eine knappe Stunde später wurde als Reaktion auf diese Schweinerei der Jugendklub angegriffen und verwüstet. Es hielten sich dort noch etwa 15 Nazis auf, die durch ihr militantes Outfit und Auftreten auffielen.

DSU gründet Jugendverband

Nachdem vor einiger Zeit in Dresden die rechtskonservative Deutsche Soziale Union einen Jugendverband gegründet hat, gibt es jetzt auch so einen in Leipzig. Vorsitzender ist der Leipziger Jörg Kühne, Stellvertreter wurde Kai Hellmund aus Böhlitz-Ehrenberg. Weitere Mitglieder kommen aus Borna, Taucha, Waldheim und Döbeln.
Der DSU-Jugendverband gibt die Zeitung "Neue Werte" heraus und möchte "der Politverdrossenheit junger Menschen entgegenwirken". Der Kreisverband der Jungen Sozialen Union/ Junge Deutschsoziale Union ist über das Postfach 1013 64 in 04024 Leipzig zu erreichen.

Sascha Jung-privat

Am 30. September machte sich der sächsische JuSo-Boss Sascha Jung mit noch acht anderen Leuten, darunter zwei sehr faschomäßige Typen, im Bowlingzentrum einen netten Abend. Bestimmt haben sie bei Tische darüber debattiert, wie undeutsch das Wort "Bowling" ist...

Wurzener Stadtverwaltung hält immer das Wort

Wie in den letzten news von rechts zum Thema "Wurzener Stadtverwaltung und Nazis Hand in Hand" schon angekündigt wurde, setzten sich die Stadtchefs und Jugendliche am 24.10. gemeinsam mit einigen portuguesischen Bauarbeitern an einen Tisch. Zunächst ein paar Worte zur Zusammensetzung der illustren Runde: die Stadtchefs waren echt. Die Jugendlichen auch, jedoch waren es nicht die Jugendlichen, denen Ende August ein besetztes Haus weggenommen wurde, und denen seither permanent rechte Gewalt von den dortigen Faschos droht. Nein, es waren diejenigen Teens und Twens, die aus ländlichem Frust mal eben die Baustellenunterkunft der oben genannten portugisieschen Bauarbeiter überfielen. Wie das passieren konnte schildert Markus Müller, "Sprecher seiner Kameraden" (LVZ O-Ton): "Hier ist überall

nichts los, und überall gibts Druck. Druck vom Staat, Druck von den Linken, und dann eskaliert eben die Gewalt. Wie ein Ballon, der platzt." Das spürten eben auch fünf Portugiesen aufgrund des Baseballschlägereinsatzes so deutlich, daß sie danach ärztlich behandelt werden mußten.

Weitergehts in der LVZ mit "wertungsfreiem" Unterton, daß der anwesende Bauleiter und Augenzeuge des Überfalls "das Thema nicht zerredetete". Und weiter: "Kommt zu uns auf die Baustelle, dann lernt ihr euch richtig kennen." Wir können nur vermuten, daß ihm diese Äußerungen angesichts der anwesenden 60 Faschos ("Jugendliche, die sich selber zur rechten Szene zählen", LVZ) nicht leicht über die Lippen kam. Ungeachtet der Ereignisse "plädierte der Bürgermeister Anton Pausch für Jugendarbeit unter einem Dach." Das Haus müsse noch gefunden werden.

So ist das also in Wurzen (nur dort?): Linke Jugendliche besetzen leerstehende Häuser und werden von Nazis und Stadtverwaltung gleichermaßen angegriffen. Junge Neonazis überfallen brutal ausländische Menschen und machen so auf "eindrucksvolle Weise" der Stadt klar, daß sie einen Jugendclub brauchen - implizit natürlich der Drohung, daß der Terror jederzeit weitergehen könnte. "Logisch", wie sich Stadtverwaltungen in diesem Deutschland entscheiden. **Smash 'em!**

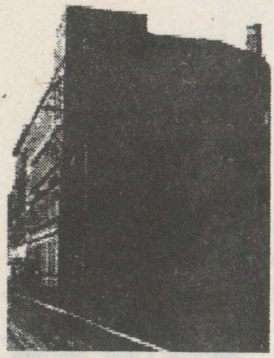
Die Leipziger Linie- Garant für kommende Auseinandersetzungen

Das Thema Hausbesetzung ist in den letzten Wochen wieder verstärkt in das Interesse der lokalen Presse gerückt. Dabei interessieren natürlich nicht die einzelnen Projekte, sondern die Sensationen durch eventuelle Randalen und brennenden Autos, wie Ende November 1992.
Doch nicht nur Connewitz bietet Möglichkeiten, Häuser instandzubesetzen.
Ende Juli 1994 hatten mehrere Leute im Stadtteil Alt-Lindenau ein, seit Jahren leerstehenden Fabrikkomplex in der Aurelienstraße besetzt. Ihre Versuche, das Objekt zu kaufen oder anzumieten, schlugen bei der zuständigen Treuhand-Inmobiliengesellschaft und der Stadt fehl. Das Ultimatum zum Verlassen der Häuser lief am 11.Oktober aus. Die Leute blieben vorerst in der Fabrik, in der Hoffnung, doch noch einen Vertrag abschließen zu können. Das nachfolgende, Interview mit zwei Leuten aus der Aurelienstraße wurde am 17. Oktober bei Radio Energy in der 23 Uhr "1000 Watt" Sendung ausgestrahlt - wir haben es nur unwesentlich gekürzt.

Die "Leipziger Linie" führte der OBM - Import aus Hannover Lehmann-Grube ein. Analog der "Berliner Linie" werden ab einem bestimmten Datum, in diesem Falle dem 30.11.1992, von der Stadt keine Neubesetzungen mehr zugelassen und ohne Vertragsverhandlungen durch die Polizei geräumt.

Interview mit Leuten aus der Aurelienstraße in Plagwitz...

Frau: ... Angefangen hat das bei uns allerdings so, daß wir , ein paar Leute aus der Siemensstraße 31, (ehem. besetztes Haus in Plagwitz) Anfang Juli den Räumungsbescheid bekommen hatten und standen damit auf der Straße. Das betraf ungefähr 8 Leute. Wir hatten natürlich keine andere Wahl, als uns umzugucken und was entsprechendes zu finden, denn wir wollten auch zusammenbleiben... Wir haben dann diese Fabrik in der Aurelienstraße gefunden, ganz kurzfristig, die hat uns sehr gut gefallen. Wir sind dann Ruck-Zuck am 27. Juli eingezogen. So hat das eigentlich angefangen, es ist aus der Not geboren, wir standen auf der Straße, das war kein Spaß, ist es bis heute nicht...
Mann: Wobei dazu gesagt werden muß, daß wir zuvor schon vier Jahre zusammen in der Siemensstraße gelebt haben und auch versucht haben, dieses Haus zu legalisieren, wobei mit der LWB überhaupt kein Vertrag zustande gekommen ist, bzw. wir hatten Verträge da, und an dem Tag, wo diese unterzeichnet werden sollten, ging auf einmal kein Weg mehr rein. Wir haben, als klar



Die ehemalige "Aurelie".

wurde, daß das Haus reprivatisiert wird und wir irgendwann mal raus müssen, auch versucht uns legal um ein Projekt zu kümmern, denn zusammen Wohnen war uns zu wenig, und da ging auch überhaupt kein Weg rein, so das wir dann wieder den Weg der Besetzung gewählt haben, einfach aus der Not heraus, weil der Räumungsbescheid kam und wir nichts hatten und wir ja irgendwo hin mußten.

Frage: Du hast gerade gesagt, zusammen wohnen ist zu wenig...

Mann: Also es geht in erster Linie darum, daß wenn ich mit Menschen zusammen lebe, ich auch mit ihnen was zusammen machen möchte, weil man sich dadurch besser kennenlernt, als wenn jeder Mensch jeden Tag arbeiten geht und ich die eigentlich nur abends 2-3 Stunden sehe. Wir leben in Plagwitz schon länger, ein paar sind auch von außerhalb, und es gibt dort für Jugendliche einfach überhaupt kein Kulturangebot, und wir haben jetzt einfach mal die Möglichkeit dort etwas zu schaffen. Angefangen haben wir mit einem Café. Dann sind dort für Konzert- und Theaterveranstaltungen Räumlichkeiten ohne Ende vorhanden. Der Konzertsaal wird gerade gebaut. Man kann auch Filmvorführungen machen, Fahrradwerkstatt, Bibliothek...alles mögliche.

Frage: Und es geht euch auch nicht darum ,daß ihr für euch etwas macht, sondern ihr wollt auch die Leute aus dem Stadtteil mit einbeziehen...

Ob der Räumrambo weiß, wie "obdachlos" geschrieben wird?

Mann: Die interessante Erfahrung, die wir dort gemacht haben war, daß unser Projekt auf total positiven Widerhall in der Bevölkerung gestoßen ist. Die Arbeiter von nebenan, von BWG freuen sich jeden Tag über uns, daß da endlich mal Jugendliche kommen die was aufbauen und nicht nur kaputtmachen, wie es vorher Gang und Gebe war... Wir haben erstmal aufgeräumt und angefangen alles ganz zu machen, die Scheiben, denn es wird ja auch Winter. Der Wachschutz kommt zu uns ins Café rein und trinkt Kaffee mit, und ich denke schon, daß das ein ziemlich angenehmes Klima schafft in dieser Gegend. Wir sind einfach nicht die durchgeknallten Leute, die "Militanten" oder wie uns die Stadt und Bild-Zeitung gerne hinstellen möchte. Wir wollen auch einfach dort so eine Art soziale Struktur aufbauen in dem Viertel, weil Plagwitz ist nunmal ein altes Arbeiterviertel und auch ein ziemlich armes Viertel. Das sieht man, wenn man dort lebt und, es gibt dort total viele Obdachlose. Mit einer Besetzung macht man auch auf dieses Problem mit aufmerksam und zeigt einen Weg, wie man sich dagegen wehren kann.

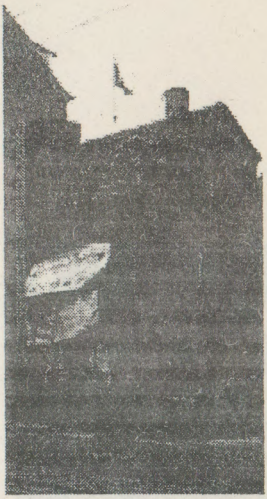
Frage: Es gibt noch einen anderen Grund sich jetzt zu wehren, weil

die Häuser sollen geräumt werden...Wie ist das zustande gekommen, und was wollt ihr vor allem dagegen tun, was könnt ihr dagegen tun.

Mann: Als wir dort eingezogen sind, gehörte dieses Gelände noch einer Berliner Firma. Da hätte man vielleicht noch eine Chance gehabt, das zu legalisieren, doch die sind inzwischen pleite gegangen, wie es den meisten Ost-Firmen passiert ist, so daß das jetzt einer Leipziger Immobilienfirma in treuhändischer Verwaltung zugefallen ist. Die haben natürlich kein Interesse mit uns was legales auf die Beine zu stellen, sprich einen Vertrag auszustellen oder sonnst etwas, weil die es meistbietend verkaufen wollen. Damit können die eine Menge Geld verdienen, und das wollen die natürlich auch. Es sieht jetzt einfach so aus, daß wir uns darum gekümmert haben und abgelehnt wurden. Man kann, glaube ich, nicht sehr viel gegen die Räumung tun wenn sie kommt, aber wir behalten uns schon einige Aktionsformen nach einer Räumung vor. Wir werden schließlich ja auch irgendwo hingehen müssen, denn wir sitzen dann auf der Straße und ich weiß nicht, ob es sich Leipzig leisten kann viele junge Obdachlose in einem Stadtteil zu haben... Das interessante an der Geschichte ist auch, daß gerade nach der sehr hohen Wahlbeteiligung hier in Sachsen oder jetzt allgemein die Stadtväter und diverse Abgeordnete der einzelnen Parteien sagen, daß Jugendliche an den Entscheidungsfindungen der Stadt mit herangezogen werden sollen, das Interesse für Politik geweckt werden soll. Wenn es aber Jugendliche einfach verwirklichen, praktisch was machen, kriegt die Stadt nasse Füße, weil sie Angst vor Leuten hat, die selber denken, sich selber Problemen stellen und nicht an die Stadtväter weiterdeligieren, daß die für sie entscheiden was gut für sie ist, wie diese Probleme gelöst werden sollen. Man muß ja auch sehen, daß die Stadtväter nicht in diesem Viertel leben, also auch eigentlich keinen Bezug dazu haben zu den Problemen, wie sie wirklich sind, und ich denke, daß die Leute, die in diesem Viertel leben das besser entscheiden können und mit den Problemen besser umgehen und für sie lösen können.

Frage: Was wollt ihr mit diesem Projekt anders machen?

Mann: Also, es geht in erster Linie schon darum, einen anderen Umgangston, andere Umgangsformen miteinander zu lernen, nicht diese Ellenbogengesellschaft durchsetzten zu lassen, sondern einen solidarischen Umgang zu finden. Es ist ein Erlernen auf jeden Fall, weil die Erziehung nicht so aufgebaut ist. Ein Gemeinschaftsgefühl, Gemeinschaft stärkt den Menschen, man nimmt auch total viel an Erfahrung heraus für sich, für alle, und das Wichtigste ist, glaube ich, wir wollen Verantwortung selber übernehmen, wir wollen sie nicht weiterdeligieren, wollen uns der



Kommentar Tiefensee: "Die Entscheidung ist den Jugendlichen sicher nicht leicht gefallen."

An der Auerbach str.2

Verantwortung stellen und versuchen Probleme selber zu bewältigen. Wir wollen das zusammen machen und auch aufpassen, daß keine hierarchischen Strukturen bei uns oder Machtpositionen von einzelnen Leuten entstehen. Denn wenn man jemanden Macht gibt, was ja hier in diesem Lande normal, ist kein Mensch davor gefeilt, Macht zu mißbrauchen, und ich denke die Skandale in den Zeitungen beweisen mir diese Theorie immer wieder, das Machtmißbrauch hier herrscht, Korruption hier an der Tagesordnung ist und das man deshalb Macht so klein zersplittern muß, daß diese nicht ausgenutzt werden kann auf Kosten anderer. Das ist, glaube ich der wichtigste Grundgedanke an unserem Projekt.

Frau: Dazu würde ich noch anmerken, daß es uns darum geht, anderen Leuten vielleicht was vorzuleben , also nicht das wir nun irgend eine Form vom besseren Leben erfunden oder erschaffen hätten aber wir versuchen es wenigstens so miteinander umzugehen, das wir vielleicht uns doch ins Gesicht gucken können und ein bißchen nett zueinander sind, naja manchmal auch nicht, aber das gehört genauso dazu. Für uns ist es eben der bessere Weg zu probieren, kollektiv zu wohnen, leben, arbeiten... das ist es eigentlich.

Aurelienstraße wird geräumt...

Ein Kneipenwirt aus Plagwitz sagte als Reaktion auf den Kiezbummel von Schneemann-Grube & Co., "Der Slogan LEIPZIG KOMMT ist auch für Plagwitz zutreffend. Aber es ist natürlich eine Frage der Zeit."

Wahrscheinlich ist es auch nur eine Frage der Zeit, bis es heißt PFLASTERSTEIN KOMMT...

Neun Tage nach verstreichen der Räumungsaufforderung, steht die Polizei am 20. Oktober gegen 6 Uhr vor der Tür. Die BewohnerInnen hatten sich untereinander im Vorfeld darauf geeinigt, keinen militanten Widerstand zu leisten. Dennoch muß sich die Polizei selber die Tür aufmachen. Gegen 12 Uhr werden schließlich die etwa 15 BewohnerInnen zur erkennungsdienstlichen Behandlung in das Polizeirevier Harkortstraße gefahren. Zwei PassantInnen, welche an der Polizeiabsperrung stehen, werden ohne vorherigen Hinweis von Polizisten, "wegen Behinderung polizeilicher Maßnahmen" für drei Stunden festgehalten.

Haarsträubende Erklärungen konnte man am nächsten Tag in der Zeitung lesen. Die Polizei stellte sich so dar: "Die Polizei habe die Gefahr abwenden müssen, die von dem illegalen Café im Haus ausginge." Elke Schicktanz, die Sprecherin der Treuhand Liegenschaftgesellschaft (TLG) erklärte, "das Haus sei zum einen kein Wohnhaus und zum anderen nicht mehr vermietbar gewesen. Es sei zu sehr heruntergekommen und damit für die Bewohner zu gefährlich". Dazu Läßt sich sagen, daß es sogar zwei Wohnhäuser gewesen sind und das eine ganze Menge Menschen legal in Häusern mit schlechterem Zustand wohnen und dafür sogar Miete bezahlen müssen.

Auch nicht rot beim Lügen wurde der Leiter des Amtes für Wohnungswesen Holger Tschense. Er sagte, "sein Amt habe sich bemüht, mit Besetzern und Eigentümern eine Lösung zu finden.

Die Stadt dulde aber keine Hausbesetzungen mehr. Dies sei eine Entscheidung des OBM. Die Bewohner wären besser vor der Besetzung zur Stadt gekommen, um eine Bleibe für ihr Projekt zu finden. Andersrum gehe es nicht. Wenn sie jetzt keine Wohnung mehr hätten, stehe es ihnen wie jedem anderen frei, über die Abteilung Wohnungshilfe eine Bleibe zu suchen."

Die Arroganz nimmt kein Ende...

Drei Tage später unternahmen, ungeachtet der Ereignisse, diverse RathausmitarbeiterInnen, allen voran OBM Lehmann-Grube, eine publicity-reiche Fahrradtour durch Plagwitz. Stationen waren u.a. der Karl-Heine-Kanal und der Seniorenhof Plagwitz. Bei der Schaubühne Lindenfels schwärmte eine Rathausmitarbeiterin: "Das Engagement und der Enthusiasmus, mit dem die jungen Künstler ihre Ideen umsetzen, sind wirklich bemerkenswert." Beim nächsten Zwischenstop bestaunten die RatlosmitarbeiterInnen den Modellversuch "Schüler planen ihren Stadtteil" in der Fritz-Gietzelt-Schule. Der OBM bekam scheinbar wäßrige Augen bei so viel Elan, daß er sich gleich mit einem "dringend benötigtem Streetballständer" bedankte.
Kurze Abstecher machten die RadlerInnen außerdem noch zu einigen Investitionsobjekten, wie dem künftigen Gewerbehof in der Naumburger Straße und dem Elster-Wohnpark. Dort soll dann den Rathausmitarbeitern laut LVZ, klar geworden sein, daß "in Plagwitz in wenigen Jahren genügend Wohnraum angeboten wird". Für wen dieser dann bezahlbar sein wird, blieb aber im Dunkeln. Im Anschluß antwortete Lehm-Grube noch auf die Frage: Was versprechen sie sich von solchen Touren?
"Ich möchte die Stadtteile in ihren Problemen erfassen, aber auch ihre Potentiale kennenlernen. Deshalb auch die große Runde mit Vertretern verschiedener Fachämter. Für viele grundsätzliche Entscheidungen ist einfach das unmittelbare Anschauen des Gebietes wichtig. Einmal sehen ist besser als zehnmal lesen."

"Bin Radgefahren bis der Kiez vor Wut platzte! War der große Renner in der Presse..." Aus dem Tagebuch von Grehmann-Lube.

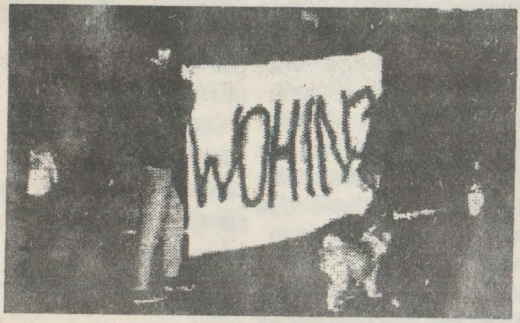
Im Connewitzer Ghetto schienen sich jedoch nur wenige für die Ereignisse in Plagwitz zu interessieren. Anders wurde das, als es hieß, am 24. Oktober würde das vor Wochen besetzte zweistöckige Haus in der Auerbachstraße, Ecke Wolfgang-Heinze-Straße samt der Kneipe "Gute Quelle" geräumt werden. Bei allen Problemen mit den lärmenden Punks war jedoch klar, daß es der Stadt völlig egal ist, ob da nun sanftmütige oder trinkwütige Menschen leben. Der Stadtverwaltung geht es lediglich darum, alles platt zu machen, was der "Leipziger Linie" von OBM Lehmann-Klärgrube widerspricht.
Einen Tag später gab es eine Solidemo von über 200 Leuten. Diese startete gegen 17.15 Uhr am Connewitzer Kreuz und führte über die Karl-Liebknecht-Str. in die Innenstadt. Auf der Demo

wurde auch nachstehendes Flugblatt verteilt:

Wer sich nicht wehrt, macht `was verkehrt!

Zur Situation der alternativen Projekte in Leipzig und die Vernichtungsversuche der Stadtverwaltung.

`Die Wahl ist vorbei - was uns nicht paßt machen wir zu Brei.` So etwa ist die Umsetzung der seit einiger Zeit vom Leipziger OBM verfügten "Leipziger Linie" auf den Punkt zu bringen. Die regierenden Parteien, die Stadtverwaltung, LWB, Bullen und Innenministerium wollen jetzt radikal klarstellen, welches Leben als lebenswert gilt und welches nicht. Dazu brauchte man das neue sächsische Bullengesetz genauso wie einen Holger Tschense als Buhmann für die Dezentralisierungstaktik, einen Sieg bei der Räumung der Ernestiestraße, die Ruhigstellung von anderen Wohn- und Kulturprojekten mit Verträgen, deren Auslaufen nur eine Frage der Zeit ist,...
Für uns ist es eine Frage des Überlebens, ob man uns unser Recht auf Selbstbestimmung nehmen darf oder nicht.



Wer heute davon spricht, daß es eine gewaltbereite Szene gibt, hat nicht unrecht. Die Gewalt, die von der Stadtverwaltung mit Hilfe des Staates ausgeübt wird, läßt uns kaum eine andere Wahl. Wir wurden von der Stadt und LWB von vorne bis hinten verarscht. Und das über Jahre. Wir wollen die Stadt nicht zum Verhandeln zwingen, sondern nur dafür sorgen, daß zwei gleichberechtigte Partner an einem Tisch sitzen, um zu verhandeln. Die gewaltbereite Stadtverwaltung und wir als ebenbürtige Partner mit den gleichen Trümpfen! Wir lassen uns nicht willkürlich vertreiben, wie es den Machthabern gerade in den Kram paßt!
Wir beharren auf unserem legitimen Recht der verhältnismäßigen Verteilung!

Für den weiteren Aufbau unsere Projekte.
Für die Neuentstehung von Projekten.
Zusammen gehört uns die Zukunft.

Leipzig, den 25.10.1994
Koordination gegen Stadtreinigung, Mietwucher und Luxussanierung.

In den letzten Oktobertagen spitzten sich die Sauereien der Stadtverwaltung nochmals zu. Durch einen Erpressungsversuch will man nun die Lager spalten. Wohnungsamtsleiter Holger Tschense (SPD) sicherte einigen anderen Connewitzer Projekten, wie der Volxküche oder dem ZORO weitere "tatkräftige Unterstützung" zu. Die Tatkraft könne die Stadt aber nur erhöhen, wenn die BesetzerInnen der "Guten Quelle" ihr Haus freiwillig verlassen. Dies geschah dann am Montag, dem 31. Oktober auch tatsächlich. Für dieses gewissermaßen Deeskalationsverhalten seitens der BesetzerInnen liegen uns noch keine Gründe oder Aussagen vor. Am darauffolgenden Mittwoch mauerten dann die Staatsschergen die "Gute Quelle" bis auf weiteres zu. Wie sich die Lage weiterentwickelt steht garantiert im nächsten Klarofix und ist auch in jedem Fall in der folgenden FRENTE nachzulesen. Wir hoffen, daß die nunmehr Obdachlosen nicht ganz so hart den mittlerweile winterlichen Bedingungen ausgesetzt sind und daß der Druck gegenüber der Stadt von allen SympathiesantInnen nicht abreißt!

In der LESEBUDE könnt ihr lesen, schreiben, rechnen, spielen, Bücher kaufen, reden (manchmal), Musik machen, Musik hören, arbeiten - aber wir wollen ja nicht übertreiben.
Wir haben *Tageszeitungen, Zeitungen, Bücher* aus den Bereichen Politik, Kultur, Zeitgeschehen, Rechtsradikalismus, Märchen & Sagen, Comic, Belletristik, Indianer, Kochen, Sport, Fußball & Hooligans. Außerdem noch viele *Nachschlagewerke* und *Wissensspeicher*, *Brettspiele*, eine *gemütliche Leseecke*, einen *Kopierer* und alles was sonst dazu gehört.
Jeden Donnerstag könnt ihr ab 9⁰⁰ Uhr bei uns frühstücken. Auch hier ist alles da, was ihr Euch so wünschen könntet.
Unsere Öffnungszeiten sind sehr einfach zu merken: Montag bis Donnerstag ab 14⁰⁰ Uhr.

Und zu guter letzt noch unsere Adresse:
Lesebude im Conne Island, Koburger Straße 3, 04277 Leipzig, Tel./Fax: (0341) 31 10 44.

Gnade für "angetrunkene" Faschisten ?

Protest vom Sprecher des internationalen Auschwitzkomitee's.

Wie in den Medien berichtet wurde, randalierten am 23.7. dieses Jahres 23 Neonazis in dem ehemaligen KZ Buchenwald. Am 13.Oktober wurden die ersten Urteile gesprochen. Die Anklage der Staatsanwaltschaft lautete auf Landfriedensbruch, gemeinschaftlicher Sachbeschädigung, Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen, Bedrohung, Nötigung und Störung des öffentlichen Friedens. In dem ersten Verfahren wurde ein Angeklagter zu einer 20 monatigen Haft ohne Bewährung, zwei zu einer Bewährungsstrafe und drei zu Jugendarrest verurteilt. Zwei der Angeklagten wurden freigesprochen. Strafmildernd wirkte sich hierbei aus, daß sich die angeklagten Faschos sich für ihre Tat öffentlich entschuldigten. Betrachtet mensch sich die Tat und die Zusammenhänge um die Tat, wirkt die Entschuldigung unglaubwürdig, die "Berichterstattung" und "Aufklärung" in den Medien verharmlosend und verschleiernd, wird hier von betrunkenen Skinheads geredet, die durch Frust über ihre eigenen Verhältnisse mal die Sau rauslassen, und die Urteile zu mild.

Von "Skinheads" kann hier wohl nicht die Rede sein: Boneheads aufs Maul!

Der Bus, der die Nazis zu einem Konzert in den Allgäu bringen sollte, wurde von der Geraer Faschoband "Oithanasie" angemietet. Das Konzert, wo auch "Oithanasie" auftreten sollte, fiel aber kurzfristig aus. Der schon vorhandene Reisebus wurde dann dazu genutzt, um ersatzweise einen "Ausflug" zu machen. Dabei wurde an dem Hohenwartestausee randaliert und ein Blumenhändler ausländischer Herkunft zusammengeschlagen. Ob Buchenwald als Reiseziel von vornherein feststand, ist unklar. Beteiligt an dem "Ausflug" waren Faschos aus Gera und Erfurt, ein Bandmitglied von "Oithanasie" war auch dabei. Der Bassist der Band, Daniel Köhler, ist in Gera Streetworker, war aber in Buchenwald selbst nicht dabei, wohl aber seine zwei Brüder.
Eine enge Zusammenarbeit gibt es mit der Leipziger Fascho-Band "Oistar Proper". Es erschien eine gemeinsame Single, die von dem Neonazi-Label "Skull Records" herausgebracht wurde. In den Katologen erscheint diese Single neben Scheiben von "Screwdriver", deren verstorbener Bandleader Ian Stuart als Kopf des internationalen Nazi-Netzwerk "Blod and Honour" gilt. Neben "Oithanasie" und "Oistar Proper" ist auch "Kroizfoier" dort unter Vertrag. Gemeinsame Konzerte gab es u.a. am 4.9.93 in Leipzig (AJI 4/93) und ein ausgefallenes Konzert am 22.1.94 in Threna bei Grimma.

Von PDS bis CDU: "Ja" zur Goerdelerehrung.

Carl Friedrich Goerdeler wurde am 31. Juli 1884 geboren und entstammt einer konservativen preußischen Familie mit starken Sinn für Pflichterfüllung und Dienst am Staat. Er studierte Jura und spezialisierte sich später auf wirtschaftlichem Gebiet. Er war überzeugter Wirtschaftsliberalist, der im freien Wettbewerb die Zukunft sah. Staatliche Lenkungsmaßnahmen und planwirtschaftliche oder gar sozialistische Gedankengänge bekämpfte er. Von deutsch-nationaler Gesinnung und mißtrauisch gegen die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik trat Goerdeler der DVP (Deutsch-nationale Volkspartei) bei, welche für die Wiedererrichtung der Monarchie kämpfte. Seit 1922 war Goerdeler im Vorstand der DVP vertreten. Zwischen 1911 und 1920 war er in der Stadtverwaltung Solingens tätig, danach 10 Jahre zweiter Bürgermeister von Königsberg. In der Kommunalverwaltung versuchte Goerdeler stets die Befugnisse des Oberbürgermeisters gegenüber den Stadtverordnete zu verstärken. Im April 1930 wurde er zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig gewählt. Seine rigorosen Sparmaßnahmen, welche die Unterstützungsempfänger traf, machten Reichskanzler Brüning auf ihn aufmerksam, der ihn im Dezember 1931 zum Reichspreiskommisar ernannte, ein Amt, daß Goerdeler noch einmal in den Jahren 1934/35 innehatte. Trotzdem er für die Liberalisierung der Wirtschaft eintrat, unterstützte er in den Jahren staatliche Reglementierungen des freien Handels.

Auch Goerdeler sah die staatspolitische Rettung in einem autoritären Kurs und im Verzicht auf parlamentarische Mitwirkung, lehnte aber eine tiefergreifende staatliche Wirtschaftslenkung auch in der Krise ab. Er empfand den Nationalsozialismus als eine "politisch gesunde Reaktion gegen demokratische Einrichtungen". So war es ihm möglich nach der Machtübernahme Hitlers ohne Schwierigkeiten und Bedenken weiter zu amtieren, ohne der NSDAP beizutreten. Er arbeitete nach eigenem Urteil "vertrauensvoll mit der NSDAP zusammen". In den Jahren 1933 bis 1936 erhielt das SS-Wachtrupp des KZ Sachsenburg mit seinem Signum monatliche Geldbeträge in Höhe von 20700 Reichsmark.

In seinem Amt als Preiskommisar trug er Hitler in einer größeren Denkschrift seine wachsenden Bedenken gegen die Währungs- und Wirtschaftspolitik vor, gegen die Abschließung vom Weltmarkt und den Aufbau einer unmöglich zu erreichenden Autarkie. Kurz nachdem Hitler 1936 mit dem zweiten Vierjahresplan die Autarkie der deutschen Wirtschaft beschloß und somit den Weg in die terminmäßige Kriegsvorbereitung beschritt, legte Goerdeler,

Goerdeler:" Die wesentliche Grundsätze der Partei: Das Vaterland über alles, Lauterkeit der Amtsführung, Sauberkeit der Verwaltung, Gemeinnutz vor Eigennutz und soziale Gerechtigkeit waren Forderungen, die mir schon im Elternhaus vorgelebt waren."

Goerdeler verfaßte in einer Reihe von Denkschriften seine Vorstellungen über eine neue Ordnung in Deutschland. Seine Verfassungspläne zielten auf eine präsidiale, autoritäre Staatsform ab. Die parlamentarischen Kompetenzen beschränken sich auf die Kontrolle der Exekutive, welche gleichzeitig durch eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung eingeschränkt wird. In Goerdelers Entwürfen wird eine starke Stellung der Reichsregierung und vor allem des Staatsoberhauptes, welcher gleichzeitig Oberbefehlshaber der Wehrmacht ist, festgelegt. Außenpolitisch blieb die Bewahrung der seit 1938 bestehende Führungsrolle des deutschen Reiches (unter Aufrechterhaltung der Annexion Österreichs, der Sudetengebiete und des 1939 einverleibten polnischen Korridors) sein Ziel.

obwohl kurz zuvor auf 12 Jahre wiedergewählt, freiwillig sein Amt nieder. Offiziell begründete er seinen Rücktritt mit der Entfernung des Mendelssohn-Bartholdy-Denkmals in Leipzig, während einer Finnlandreise.

Der Industrielle Robert Bosch ermöglichte Goerdeler in den Jahren 1937 -1939 eine Reihe von Auslandsreisen nach England, Frankreich, Italien, USA und in die Schweiz. Er erweiterte sein Weltbild und bewunderte die englische politische Lebensform und die Umwandlung eines Kolonialreiches in ein Commonwealth "freier" Völker. In Deutschland selbst knüpfte er seit 1938 enge Kontakte zu General Ludwig Beck.

Der späte nationalkonservative "Widerstand" setzte sich aus 3 Kreisen zusammen: 1. Der deutsch-nationalen Gruppe um Goerdeler und Beck, der es um den Erhalt Deutschlands als europäische Großmacht ging. 2. Dem "Kreisauer Kreis" des Grafen von Moltke, deren idealistische Vordenker sich am weitesten vom Herrenmenschentum der Nazis entfernte. 3. Dem militärischen "Widerstand" mit den Verschwörer von Stauffenberg und seinem Vertrauten von Tresckow, die Hitler beseitigen und den Krieg beenden wollten, um der bevorstehenden Niederlage aus dem Weg zu gehen.

Zwischen Goerdeler und Mitgliedern aus den anderen Gruppen bestanden von Anfang an große Spannungen, vor allem zu Graf von Moltke und zu Sozialdemokraten. Goerdeler sprach sich gegen eine Teilnahme der Sozi's aus. Er wurde von ihnen als ein Mann der Großindustrie angesehen. In der Regierung nach dem Sturz Hitlers wurde Goerdeler als Reichskanzler vorgesehen. Mit der Übertragung dieses Amtes kam Goerdeler eine größere Bedeutung bei, als das er sie in der Gruppe eingenommen hätte. Er war schon seit einiger Zeit an den Rand gedrängt. Diese Regierung hätte mit Hinblick auf die unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen Gruppen über ein künftiges System nur als Übergang bestehen können.

Carl Goerdeler selbst richtete sich gegen ein Attentat auf Hitler, aus moralischen Gründen und aus Angst vor einer neuen Dolchstoßlegende. Er sprach sich für eine Verhaftung Hitlers und einen Staatsstreich aus.

Bereits am 17.7.1944 ordnete die Gestapo seine Verhaftung an . Gewarnt begab er sich auf die Flucht. Aufgrund einer Denunziation wurde Goerdeler am 12.8.44 verhaftet. In dem Ausgang des Attentats vom 20. Juli sah er ein "Gottesurteil" über Stauffenbergs Politik.

Carl Goerdeler wurde am 2. Februar 1945 in Berlin - Plötzensee hingerichtet.

Am 20. Juli 1944 war die ArbeiterInnenbewegung schon lange zerschlagen und die parlamentarische Demokratie abgeschafft, die Nürnberger "Rassengesetze" existierten seit neun Jahren, die

jüdische Bevölkerung und andere Bevölkerungsgruppen waren seit 1933 ausgegrenzt und verfolgt worden, umliegende Länder waren ins großdeutsche Reich "heimgeführt" worden, die Reichspogromnacht als Auftakt der Judenvernichtung war fast sechs Jahre her, der Überfall auf Polen und der Beginn des Weltkrieges fast fünf, der Angriff gegen die Sowjetunion hatte zwei Jahre vorher stattgefunden, die Wannseekonferenz lag eineinhalb Jahre zurück, -zig Konzentrationslager wurden zu diesem Zeitpunkt teilweise mehr als zehn Jahre betrieben, die Deportation und Vernichtung der Juden und Jüdinnen war seit längerem im Gange. All diese Ereignisse geschahen im großdeutschen Namen und Interesse, all diese Ereignisse brachten keinen nennenswerten Widerstand in Deutschland hervor, die formierte "Volksgemeinschaft" funktionierte. Und die späteren "Verschwörer des 20. Juli" erfüllten zumeist deutschtreu ihre Pflicht, wenn der eine oder die andere vielleicht auch manchmal darüber sinnierte, ob das alles Deutschland wirklich nützt.

Rat der Stadt Leipzig
Stadtverordnetenversammlung

SVV

Vorlage
des Oberbürgermeisters

Vorlage DB Nr. 398/93
Drucksache Nr. 744

Beschlußvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadt Leipzig ehrt anläßlich des 50. Jahrestages des Hitler-Attentates am 20. Juli 1994 und des 50. Todestages Dr. Carl Friedrich Goerdelers am 02. Februar 1995 ihren ehemaligen Oberbürgermeister mit einer Plastik bzw. einem künstlerischen Objekt.

2. Das Kunstwerk soll in der unmittelbaren Umgebung des Neuen Rathauses, auf der Grünfläche an der sanierten Südwestecke, einen würdigen Standort erhalten.

3. Ein überregionaler, einstufiger und anonymer Ideenwettbewerb wird ausgeschrieben.

4. Die Planung und Durchführung der Goerdeler-Ehrung wird mit der Familie Goerdeler erörtert und abgestimmt.

Die Vorlage wurde von der Stadtverordnetenversammlung

☒ beschlossen ☐ mit Änderungen beschlossen

Die Stadt Leipzig hat es sich nun zur Aufgabe gemacht, einen dieser späten "Verschwörer" zu ehren. Nämlich Goerdeler, der noch im Spätsommer 1943 in einer Widerstandsschrift einräumte, daß Hitler und seine Anhänger ursprünglich "aus reiner Vaterlandsliebe" angetreten seien und der die "Judenfrage" in weniger "krassen" und für Deutschland "würdigeren" Form gelöst sehen wollte. Für dieses Denkmal, welches keine "figürliche Plastik oder eine Büste im traditionellen Sinne, sondern als ein Kunstwerk bzw. künstlerisches Objekt, das als 'Erinnerungsmal' oder 'Geschichtsspur' umschrieben werden könnte", will die Stadt schlappe 35 000 DM ausgeben.

Die Ehrung soll "anläßlich des 50. Jahrestages des Attentates auf Hitler und des 50. Todestages Carl Goerdelers" begangen werden.

Der Fachausschuß Kultur:
Vors.: Brigitte Moritz (B90/Grüne)
stv. Vors.: Ingrid Findeisen (CDU)
Mitglieder:
Stefanie Steeb (SPD)
Dr. K. Scheibe (SPD)
Traudl Weise (SPD)
Michael Koelsch (CDU)
Hartwig Runge (PDS)
Prof. Dr. Finster (PDS)
Matthias Gräfe (B90/Grüne).
Votum: 8 dafür, keiner dagegen, zwei Enthaltungen.
Wir bemühen uns um Interviews!

Die Begründung der Stadt für die Ehrung ist kurz:" Dr. Carl Friedrich Goerdeler (31.7.1884 - 2.2.1945) war von 1930 bis 1937 Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und erwarb sich trotz der negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und trotz der komplizierten politischen Situation besondere Verdienste um die Stadt und deren kommunale Verwaltung. Goerdeler gewann zunehmend Distanz zum nationalsozialistischen Regime. Die Entfernung des Mendelssohn - Denkmales in einer Nacht - und Nebelaktion veranlaßte ihn schließlich zum Rücktritt.
Eine weit über Leipzig hinausgehende Bedeutung erlangte Goerdeler als einer der 'Köpfe des zivilen deutschen Widerstandes', dessen Bemühungen in dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 gipfelten." In der Standortbegründung ist folgendes zu lesen:" Um ganz bewußt die über Leipzig hinausgehende Ausstrahlung und Wirkung zu manifestiere, sollte Carl Goerdeler nicht im Neuen Rathaus, sondern im öffentlichen Raum außerhalb des Rathauses geehrt werden. Denkbar wäre eine Einordnung in die Flächen links und rechts des Einganges Martin - Luther - Ring, bevorzugtes Areal wäre jedoch die Grünfläche an der rekonstruierten Südwestecke des Neuen Rathauses." Das Denkmal soll am "2. Februar 1995 feierlich eingeweiht" werden.

Verfahren gegen Antifaschisten in Magdeburg eingestellt

"An diesem Beispiel können wir erkennen, daß sich die Bullen manchmal schlecht absprechen."

Im letzten Heft berichteten wir bereits über den Prozeßbeginn gegen zwei Antifaschisten in Magdeburg.
Am 1. 9.1994 standen die beiden erstmals vor dem Magdeburger Jugendgericht. Ihnen wurde die Teilnahme, Durchführung und Leitung einer nichtgenehmigten Demonstration vor etwa zwei Jahren sowie **"Volksverhetzung", wegen Rufens antifaschistischer Parolen, vorgeworfen.** Während ein Angeklagter an dieser Demonstration gar nicht teilgenommen hatte, erklärte der andere, daß er es immer noch für richtig und legitim hält, sich an antifaschistischen Demonstrationen zu beteiligen und sich gegen Faschismus und Rassismus zu engagieren. Die Demonstration richtete sich damals gegen die faschistischen Morde in Mölln und an Silvio Meier in Berlin, und war nicht ordnungsgemäß angemeldet worden. Der Prozeß endete für einen Angeklagten mit Freispruch, da der Polizist, welcher die beiden Antifas angezeigt hatte, "eigentlich einen anderen gemeint hatte". Der Spruch "Haut den Nazis auf die Fresse", der dem anderen Angeklagten vorgeworfen wurde, stellt nach Auffassung des Richters das Gewaltmonopol des Staates in Frage und "rüttelt" an den Grundfesten der Demokratie. Der einzige, der diese "Tat" bezeugen wollte, war der Leiter eines Magdeburger Polizeireviers, dem der Antifa schon vorher bekannt war und den er mehrfach versucht hatte, durch Drohungen u.ä. einzuschüchtern.

Auch wenn dies und die lange Kette ähnlicher Fälle von Diffamierungen und Kriminalisierungsversuchen im Prozeß erwähnt wurden, so lehnte es der Richter dennoch ab, diese Fakten anzuerkennen und einzubeziehen. Das Verfahren wurde eingestellt, was übrigens für den Antifa (neben anderen mit solchen Verfahren verbundenen Schwierigkeiten) ca. 1400 DM Anwaltskosten bedeutet.

Quelle: Materialzusammenstellung zum Prozeß gegen Magdeburger Antifaschisten

Deutsche Nationalrevolutionäre in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

(besser bekannt als "Hofgeismarer Kreis")

Im April 92 gaben die Leipziger Jusos um Sascha Jung einen Aufruf zur Gründung eines "Vereins zur Förderung des nationalen Gedankens und der Solidarität in der deutschen Jugend" aus. Schon der Gründungsaufruf macht das völkische und elitäre Politikverständnis der "Hofgeismarer" deutlich. So kritisieren sie die etablierten Politiker: "*Die, die das fabrizieren, sind keine deutschen Politiker. Denn von solchen erwarten wir, daß sie das Nationalbewußtsein und deutsche Werte, wie Solidarität, Treue und Pflichterfüllung, im Volke wachzurufen im Stande sind...*"

Am 11. April wird der Aufruf auf Schloß Windischleuba in die Tat umgesetzt, und heraus kommt der "Hofgeismarer Kreis". Der Kreis orientiert sich am historischen "Hofgeismarer Kreis" der 20er Jahre, der sich schon damals darum bemühte die Ideen der "Konservativen Revolution" in die Sozialdemokratie hineinzutragen. Unter dem Begriff "Konservative Revolution" werden die intellektuellen Vorreiter des deutschen Faschismus verstanden, mit ihrem nationalistisch-rassistischen Inhalt.

Heute knüpft vor allem die sogenannte "Neue Rechte" an diese Ideen und Traditionen an.

Staub aufgewirbelt haben erstmals Äußerungen von Leipziger Jusos im MDR-Magazin "Fakt" vom 16.9.92. Sascha Jung formuliert in einer schriftlichen Erklärung gegen die Vorwürfe von "Fakt" Sätze wie die folgenden, die das biologistische, völkisch rassistische Selbstverständnis der Gruppe wiedergeben: "*Der Mensch ist ein soziales Wesen. Worauf wir hinweisen ist, daß er sich auch als solches begreifen muß. Das heißt, daß er ohne seine Nachbarn in den verschiedenen Gemeinschaften, Familie, Volk, Völkergemeinschaft, die ihn sozial absichern und ihm Identität geben nicht existieren kann*". Und weiter:

Eine gewisse Verschwommenheit steht Sascha Jung durchaus zu Gesicht - oder ?

Antifaschistisches

INFO

Das Antifaschistische Infoblatt erscheint als bundesweite Zeitung alle 2-3 Monate.

Die Schwerpunkte sind:

- Entwicklungen und Aktivitäten der Neonazis in der BRD und international
- Enttarvung und Veröffentlichung ihrer FührerInnen
- Neue Rechte und Braunzone
- Antifaschistische Aktivitäten in der BRD und international
- Darstellung von Diskussionen über Möglichkeiten von Antifaarbeit
- Der Ruck nach Rechts und die Rolle der Biedermänner in der Regierung
- Rassismus, Sexismus und Nationalismus in der Gesellschaft
- Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen
- Progressive Entwicklungen und Aktivitäten

Das Antifa-Info ist eine Grundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen. Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven Antifaschistinnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Das Antifa-Info ist für 4,- DM + 2,- DM Porto zu erhalten. Ein Abo über fünf Ausgaben kostet 30,- DM.

Kontaktadresse:

Antifa-Info
c/o L.Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

" *Ein Volk kann auf Erden ohne die anderen nicht existieren. Gerade deshalb denken wir gar nicht daran, die verschiedenen Gemeinschaften aufzulösen.*" In diesem Papier, das als Kontaktadresse das Büro des SPD-Unterbezirks Leipzig anführt, bleibt es jedoch nicht bei Positionen, die die extreme Rechte heute allgemein unter ihrem Begriff "Ethnopluralismus" zusammenfaßt. Jung verteidigt hier auch indirekt den Beifall des Rostocker Mobs für den Pogrom und versteckt die "Ausländer raus!" Forderung hinter der Formel: "*Wir sind allerdings auch so realitätsnah, daß wir bei all dem erkennen, daß es eine Illusion ist, anzunehmen, wir allein könnten die gesamten sozialen Probleme dieser Welt lösen.*" Die Frage, wer die sozialen Probleme in den Ursprungsländern der Flüchtlinge denn verursacht hat, wird nicht gestellt.

Vom 2.-4. Juli 1993 führten die Hofgeismarer ein Seminar zum Thema " Nation und Demokratie" gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung durch. Das Seminar wurde von der FES finanziert. Hauptreferent des Seminars war der einschlägig bekannte Chef der SPD-Parteischule Tilman Fichter, ein Angestellter des Parteivorstandes aus dem Ollenhauer-Haus. Schon 1985 unterzeichnete Fichter eine "Denkschrift" zur Wiedervereinigung, die aus einem Diskussionszirkel neofaschistischer Gruppen entstand. Mitunterzeichner waren Personen, die aus der NSDAP, der NPD, antidemokratischen, nationalrevolutionären und völkisch- religiösen Splittergruppen kamen.

Einer der Köpfe des Zirkels und Mitunterzeichner war das ehemalige Mitglied der Hitlerjugend-Reichsleitung, Korrespondent des Völkischen Beobachters und nach 1945 Zentralfigur des Neofaschismus Wolf Schenke. Nachdem der "Sozialdemokratische Pressedienst" 1987 die Hintergründe dieser "Denkschrift-Gruppe veröffentlicht hatte, distanzierte sich Fichter nicht etwa; er empfahl vielmehr das weltfremde Extremistenpapier in der deutschlandpolitischen Umbruchzeit 1989/90 mehrfach als Königsweg für die SPD.

Thema des Seminars war neben dem Fichter- Vortrag über den nationalen Gedanken in der SPD die Diskussion des "Liederbuch Junger Sozialdemokraten", das die Leipziger Jusos heraus-brachten. Auf Seite 2 geht es los mit " *Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt*", dann geht es kriegsverherrlichend weiter: " *Die lieben Waffen glänzen so herrlich im Morgenrot; man träumt von Siegerkränzen...!*" und schließlich tönen nationale Erweckungsrufe "*Haltet Euer Deutschtum hoch. Deutsche Jugend auf zum Streite, rüste Dich mit Herz und Hand! Beug dem Joch dich fremden Geistes nicht im eignen Vaterland!*"

Im "Thule-Netz", einer Neonazi-Mailbox, wirbt am 2. Dezember 1993 ein Mensch namens Blunck für einen "Politischen Rundbrief", der in Leipzig herausgegeben wird: "Hi! was lange währt, wird endlich gut !". Und dann lobt der Autor die Erstausgabe der

24seitigen Schrift: Sie besteche durch "hohes intellektuelles Niveau", ohne in unverständliche Sphären abzuheben. "Es lohnt sich wirklich." Geworben wird so für den "Politischen Rundbrief" des "Hofgeismarer Kreises", der in Leipzig herausgegeben wird. Die erste Ausgabe erschien im November 93.

Auf Seite 4 befinden sich die "*Gründsatzforderungen des Hofgeismarkreises*". Ausgehend von der Vorstellung: "Die *Nation ... als die höchste*(!) *Form des gemeinschaftlichen Zusammenlebens von Menschen*" geht es weiter mit Forderungen nach starker Polizei und Justiz, da die "organisierte Kriminalität" innere Sicherheit gefährde. Das Erziehungswesen solle sich auf Förderung von "Leistungsbereitschaft" und "deutschen Patriotismus" richten, Auslandseinsätze der "starken Bundeswehr" sollen kein Tabu sein. Insgesamt ist das "Demokratie"-verständnis auf nationalistische "Wir"-Tugenden aufgebaut.

Im Artikel über "*Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur nationalen Frage*" von **Dr. Michael Rudloff** aus Leipzig wird davon ausgegangen, daß der "nationale Gedanke" durch den Ersten Weltkrieg und den Nationalsozialismus nur "Pervertiert" wurde. Diese Begründung taucht bei den "Hofgeismarern" immer wieder auf, um sich auf einen "Antifaschismus" berufen zu können. Die Idee , daß Auschwitz die Konsequenz der Dynamik dieses deutschen "nationalen Gedankens" sei, würde jedoch das gesamte Selbstverständnis der "Hofgeismarer" zerstören.

In einem anderen Artikel von **Christian Böttger** aus Berlin wird noch mal deutlich gemacht, auf welche Vorstellung von "Nation" sich die Fascho-Jusos beziehen. Die Kritik am "ethnischen" bzw. "völkischen" Nationenbegriff beziehe sich auf "*die unkritische Übernahme trivialer westlicher (westeuropäischer) Denkmuster*". Für Deutschnationale reicht die Kennzeichnung von Argumenten als "Nicht-Deutsch" dafür, diese abzulehnen, schließlich ist Mann ja Deutscher !

Im zweiten Rundbrief vom Februar 94 wird **Harald Heinze** noch deutlicher, was er meint: In der Erklärung, was das Wort "Volk" bedeute, schreibt er "*Synonym wird das Wort "Nation" gebraucht .... Volk ist danach Abstammungs-, Siedlungs-, Kultur-, Sitten- und Schicksalsgemeinschaft...*" Das Verständnis von "Schicksalsgemeinschaft" diente bereits zum Ende des Zweiten Weltkrieges als Legitimation für den "Endkampf" der "Volksdeutschen". Sogar Wolfgang Schäuble war der Begriff zu anrüchig, er verwendet lieber "Schutzgemeinschaft".

Richtig romantisch wird es dann im Rundbrief vom Mai 94, in dem **Daniel Hillert** aus Leipzig über eine Wanderung der naturtrotzenden deutschen Recken zum Kyffhäuser berichtet, der Burschenschaftler **Bernhard Knappstein** (Köln) die bündische Prägung der "Hofgeismarer" hervorhebt und beschwört, und als Höhepunkt in einem Artikel von **Dr. Christian Böttger** zur Besinnung auf die Tradition der "Sonnenwendfeiern" aufgerufen wird. Wem das alles etwas komisch vorkommt, sollte jedoch nicht vergessen, daß sich die "Hofgeismarer" als Sozialdemokraten verstehen.

Schriftleitung und V.i.S.d.P. dieser Zeitschrift sind die Leipziger

Sieht so der Prototyp von Mann in der deutschen "Schicksals-gemeinschaft" aus, die Herren Hofgeismarer?

Der natürliche Aktionsdrang von diesem Jugendlichen, lebt sich garantiert in Form von antigesellschaftlichen Aktivitäten irrationaler Subkulturen aus - gell, HerrDr. Christian Böttger? (in Bezug auf seinen "Artikel" "Triumph der Dekadenz" im "Politischen Rundbrief" Nr.2 1994)

Sascha Jung, Dirk Larisch und **Heiko Oßwald**. Als Kontaktadresse dient die Privatanschrift von **Harald Heinze.**
Gegen **Sascha Jung** und **Harald Heinze** beantragte der Leipziger SPD-Ortsverein Lindenau-Leutzsch ein Parteiordnungsverfahren; die Schiedskommission des Unterbeziks lehnte wegen Nichtigkeit ab. Die Landesschiedskommission belegte die beiden im vergangenen Jahr jedoch mit einer einjährigen Funktionssperre - ein Urteil, das die Bundesschiedskommission unter ihrem Vorsitzenden Diether Posser nach Widerspruch von Jung und Heinze im Februar 94 bestätigte.
Auch wenn die Bundesschiedskommission im Februar ihr Urteil fällt, ist nach Ansicht einiger Leipziger Sozialdemokraten nicht mit einem Ende des nationalen Spuks zu rechnen. Mittlerweile gibt es "Hofgeismarer Kreise" nicht nur in Leipzig und Dresden, sondern auch in Bayern, Berlin, Köln, Erlangen, Gütersloh und Kassel. Außerdem halten sich die Leipziger offensichtlich nicht an die Auflagen der Bonner Parteispitze: **Harald Heinze** wurde, trotz Funktionsverbot, dem Vorstand eines Leipziger SPD Ortsvereins als kooptiertes Mitglied zugeordnet. Dazu kommt, daß es in Leipzig nicht wenige Sozialdemokraten gibt, die ihre schützende Hand über die nationalen Sprößlinge halten. Zu ihnen gehört der Unterbezirksvorsitzende **Robert Thürmer.** Dieser verteidigte die Betroffenen beim Parteiordnungsverfahren im Bonner Ollenhauerhaus. Bei der Stadtratswahl traten als Kandidaten u.a. die "Hofgeismarer" **Heiko Oßwald** (Wahlkreis 1, Listenplatz 4) und **Dirk Lahrisch** (Wahlkreis 11, Listenplatz 5).

Personelle Verbindungen zur rechten Szene

Unterstützt werden die Hofgeismarer von dem westdeutschen Steuerberater und Rechtsanwalt **Dr. Wolfgang Traxel**. Traxel schrieb mehrfach Artikel über die Leipziger Jusos in der Fascho-Postille **"Junge Freiheit"**. In der JF vom März 1993 schrieb Traxel einen Artikel unter dem Titel "Wenn die Genossen die Nationalhymne singen". Darin feiert er den SPD-Nachwuchs und schreibt :" *Sie wollen Begriffe wie "Nation" und "Volk" positiv besetzen und argumentieren scharf gegen eine "multi-chaotische europäische Ellenbogengesellschaft" und haben kein Problem damit, das ganze Deutschlandlied zu singen."* Weiter unten: *"Der bisherige Erfolg gibt ihnen recht, denn sie haben Diskussionen in ihrer Partei angestoßen und Bundesgenossen gibt es inzwischen auch in anderen deutschen Städten."*
In der "Jungen Freiheit" vom Mai 1993 berichtet Traxel darüber, daß SPD-Rechte ins Fadenkreuz autonomer Extremisten geraten sind. Zitat:" *Schon Wochen vor der Asylabstimmung im Bundestag erhielten vor allem Sozialdemokraten Drohbriefe aus der linksradikalen Szene. "Schreibtischtäter", "Rassisten" und "Sozialfaschisten" konnten rechte Sozis an ihren Häuserwänden lesen. ... Wie die Leipziger Volkszeitung vermeldete, schlugen Leipzigs Sozialdemokraten wegen Verwüstungen ihrer Geschäftsstelle Alarm. ... "Jung, Du bist so gut wie tot", schmierten Unbekannte an die Bürotür der Leipziger Jusos. Sascha Jung, Juso-Vize in Sachsen, ... , sollte am nächsten Tag an einer*

Podiumsdiskussion mit Teilnehmern der Jungen Union und den Jungliberalen teilnehmen. Autonome stürmten jedoch die Buchmessenveranstaltung und schlugen auf die Teilnehmer ein. In einer Generalstabsmäßig durchgeführten Aktion wurde das gutbürgerliche Versammlungslokal innerhalb einer Minute vollkommen verwüstet, alles Glas zerschlagen, die Möbel mit übelriechendem Kleister übergossen. Juso-Vorstandsmitglied Markus Glaubig mußte schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden." Traxel verschweigt diskret, daß es sich bei der Buchmessendiskussion um eine Propagandaveranstaltung der "Jungen Freiheit" handelte und daß **Markus Glaubig** ein Mitglied des "Hofgeismarer Kreises" ist. Nebenbei arbeitet Glaubig in Traxels Anwaltskanzlei in Leipzig. Über seinen Weg zu den Hofgeismarern berichtet Markus "*Der Sascha hat mich öfters zu Veranstaltungen eingeladen, und irgendwann bin ich da hängengeblieben.*"(s. KREUZER 5/93).

Traxel kam nach der Maueröffnung aus Köln nach Leipzig. Dort war er schon in der **Burschenschaft "Germania-Köln"** aktiv. Diese Burschenschaft ist dafür bekannt, daß viele ihrer Mitglieder rechtsextremen Parteien angehören.

Die "Burschenschaft Wartburg-Köln-Germania-Leipzig" geht auf die alte Leipziger Burschenschaft zurück und wurde während ihres Verbotes zu DDR-Zeiten nach Köln ausgelagert. Die erste Bestrebung nach der Wiedervereinigung war demzufolge die Neugründung dieser Burschenschaft in Leipzig. Dazu wurde am 12.1.91 in Köln der sogenannte **"Leipziger Deputierten-Convent" (LDC)** im Hause der "Burschenschaft Wartburg-Köln-Germania-Leipzig" wiedergegründet. Ziel sollte es sein, die Wiedereröffnung der Burschenschaften in Leipzig vorzubereiten. Dazu wurde ein Aufruf zur Gründung eines "Verbandes Alter Burschenschaften" in Leipzig ausgegeben. Mitglieder des Leipziger Deputierten-Conventes waren damals die Burschenschaften **"Frankfurt-Leipziger Burschenschaft Arminia", "Burschenschaft Dresdensia-Rugia (Dresdensia)", "Burschenschaft Normannia-Leipzig"** und die schon erwähnte "Burschenschaft Wartburg-Köln-Germania-Leipzig".

Am 23.2.1991 fand die Gründung des VAB Leipzig im Terrassensaal des Hauses Auensee statt. Zusätzlich zu den schon erwähnten Burschenschaften wurde noch die "Burschenschaft **Plessavia-Leipzig**" aufgenommen. An diesem Abend wurde zum 1.Vorstandsvorsitzenden Verbandsbruder Dr. Wolfgang Traxel gewählt. Neben dieser Tätigkeit ist er noch für die " Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien"(SLM), die Lokalkette "Energy für Sachsen" und den Verwaltungsrat des FC Sachsen Leipzig tätig.

Durch diese Verbindung wundert es auch nicht, daß der Leipziger Sascha Jung im Mai 1993 zu einem Vortrag bei der "Germania" in Köln eingeladen wurde. Titel des Vortrages, geschrieben in altdeutschen Lettern:" Sozialdemokratie und Vaterland". Am selben Ort hatte zwei Wochen vorher **Rudolf Krause** einen Vortrag gehalten. Krause war damals schon als CDU-Abgeordneter des Bundestages zu den Republikanern übergetreten.

Dr. Wolfgang Traxel. Sein Einfluß in rechtskonservativen und -extremen Kreisen in Leipzig ist mindestens ebenso schwerwiegend wie er selber.

Für die Ausdehnung des "Hofgeismarer Kreises" erhalten die Leipziger Jusos auch weitere Unterstützung durch andere Personen der "Burschenschaft Germania" in Köln. So warben die "Fascho-Jusos" im SPD-Bezirk Mittelrhein Sympathisanten per Brief. Wer Interesse habe und "Solidarität mit der deutschen Volksgemeinschaft" empfinde, "das Recht auf Selbstbestimmung auch dem deutschen Volke" zugesteht, kann sich bei **Bernhard Knappstein** in Köln melden. Dort kann man dann an einem konspirativen Stammtisch eine lose Interessengemeinschaft schaffen, bis sich genügend Interessenten für eine Gründung eines "Hofgeismarer Kreises" Rheinland gemeldet haben. Verabschiedet wird sich in dem Brief mit dem "deutschen Handschlag"! Knappstein ist Mitglied der rechten Burschenschaft "Germania" in deren Haus er in Köln auch wohnt. Derselbe Knappstein schreibt auch im "Politischen Rundbrief", der Zeitung der Hofgeismarer.
Nachfolgend ein Artikel von **Alouis Pfreimdt** aus der Zeitschrift "Der Rechte Rand", der auf eindrucksvolle Weise den Kontext des "Hofgeismarer Kreises" aufzeigt.

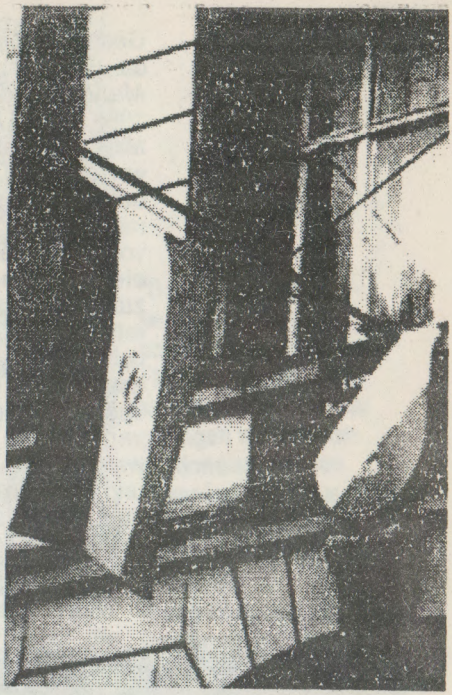
"Der Hofgeismarer Kreis in der SPD"

Zu Ostern 1923 trafen sich über 100 rechte Jungsozialisten in dem mitteldeutschen Städtchen Hofgeismar. Sie waren von der Lebensreformbewegung und ihrem völkisch-religiösen Kitsch angetan und aufgewühlt von der gerade erfolgten Besetzung des Ruhrgebietes durch das französische Kapital, das sich wegen der Ausplünderung des lothringischen Kohle- und Stahlreviers durch das deutsche Kapital seit 1871 und der Kosten des Weltkriegs schadlos halten wollte.
Die intellektuellen Anführer dieser Gruppe, die sich fortan "Hofgeismarer Kreis" nannte und in scharfer Opposition zur marxistischen Juso-Mehrheit der 20er Jahre stand, orientierte sich an den völkisch-elitären Ideen der "Konservativen Revolution". Während die KPD im Rheinland eine Rote Armee gegen das französische Militär aufbaute und die Besatzungssituation für eine Revolution gegen das Kapital gleich welcher Nation zu nutzen versuchte, beschrankten sich die mehrheitlich aus dem Ruhrgebiet angereisten Jusos in Hofgeismar aufs nationalistische Lamentieren.

Alain Benoist

Ihr 1923er-Treffen geriet flugs zu einem germanentümelnden Lichtfest mit Rezitationen völkischer Gedichte und Beschwörungen des militärischen "Geistes von 1914", als es das deutsche Kapital geschafft hatte, selbst die ArbeiterInnenbewegung für seinen imperialistischen Krieg zu begeistern. Reden und Referate waren dementsprechend bestimmt von Haßtiraden gegen die Demokratie als dem "deutschen Volkscharakter" angeblich unangemessen und gegen den Versailler Friedensvertrag, die bis zum Aufruf für einen neuen Krieg gegen Frankreich reichten, um die Ergebnisse des Ersten

Weltkriegs zu revidieren.
Nietzsches "Feuerspruch", an lodernden Flammen theatralisch vorgetragen, und die Jubelrufe "Es lebe Deutschland!" prägten die Stimmung an diesem Osterfest, das diese Jusos heidnisch statt christlich feierten. Von der Moderne der Zwanziger Jahre, von der Skepsis vieler bürgerlicher Intellektueller nach dem Kulturschock des mörderischen Ersten Weltkriegs oder erst vom Sozialismus der ArbeiterInnenbewegung merkte man hier nichts. Statt dessen wurden die "Stahlgewitter" (Ernst Jünger) der sinnlosen Materialschlachten mit den Krupp-Kanonen heldisch verklärt und einer hierarchischen ständestaatlichen Gesellschaft mit Führern an der Spitze das Wort geredet.
Als Widerpart der bei Historikern zum Begriff gewordenen "Ideen von 1914" -Kapitalist und Arbeiter "gleichen Blutes" einig gegen den "fremden" äußeren Feind -galten die "Ideen von 1789", das "Freiheit!, Gleichheit!, Solidarität" des bürgerlichen und sozialistischen Internationalismus.
Der "Hofgeismarer Kreis" war Teil derselben Atmosphäre der frühen Weimarer Republik, in der die noch nationalrevolutionäre und vom "Deutschen Sozialismus" (gegen den angeblich jüdischen Marxismus und den ebenso eingeordneten Liberalismus) bestimmte NSDAP wenige Monate später an der Münchner Feldherrnhalle versuchte. Der "Hofgeismarer" Karl Bröger schrieb 1923 in den "Jungsozialistischen Blättern" :"*Wer recht tief aus wohlverstandenem deutschen Geiste lebt, muß Sozialist sein, und viele Züge unseres Volkstums(...) deuten auf die innere Verbundenheit von deutscher Art zum Sozialismus*" (Heft 6,S.84). Ebenso völkisch wurde hier vielerorts der Genossenschafts-gedanke als angeblich typisch deutsche Erscheinungsform des Sozialismus und als die Alternative zum "bolschewistischen Kollektivismus" begründet.
Die schauerliche Veranstaltung in Hofgeismar stieß zwar sofort auf herbe innerparteiliche Kritik, die deutsch-nationale Aufwallung nach der französischen Ruhrbesetzung und die Abgrenzung der SPD vor allem nach links statt nach rechts kam jedoch den völkischen Rassisten zugute, die selbstverständlich in der Partei bleiben durften.



Haus der Leipziger Burschen-schaft Germania In der City, Nähe Barfußgäßchen.

Heller de Man, Niekisch: Die "Konservative Revolution" in der historischen SPD

"Als Mensch ist der blonde Brite uns natürlich tausendfach sympathischer als sein schwarzer Bundesgenosse: der Franzmann" schrieb damals ein anderer "Hofgeismarer".
Die "Fiktion der Gleichheit" der Menschen wurde von dem Kreis bekämpft, den Säbel ließ man kräftig rasseln: "Wir *fühlen uns als Enkel jener Germanen, die das römische Joch brachen. Unsere*

Gedanken folgen den Spuren der Ordensritter nach Osten", hieß es da. Hofgeismar sollte der Anbruch der Epoche "*des schaffenden Mannes*" und seiner "*reifen Männlichkeit*" sein (zit. nach Walter 1986, S.48,S.83f).

Mitte der 20er Jahre wurden auch offen antisemitische Positionen vertreten. Die Zirkel und Schriften der "Hofgeismarer" unterschieden sich schließlich nach ihrem nationalistisch-rassistischen Inhalt und ihrem heroischen Gestus in nichts mehr von denen der intellektuellen Vorreiter des deutschen Faschismus, die später unter dem Begriff "Konservative Revolution"(KR) zusammengefaßt wurden. So war es nur folgerichtig, daß ein erheblicher Teil des "Hofgeismarer Kreises" zum Ende der 20er Jahre hin schließlich aus der SPD austrat und sich den KR-Zirkeln anschloß. In ihrer faschistischen Ideologie bestärkt wurden diese Jusos von Ideologen, die bis heute innerhalb der SPD als vermeintlich sozialdemokratische Denker in Ehren gehalten werden. Tatsächlich vertraten sie nur weitere Spielarten der KR und damit des breiten faschistischen Stromes, wie er als Gegenpol zum Sozialismus der ArbeiterInnenbewegung nach 1918 in mehreren Ländern Europas theoretisch und praktisch entwickelt wurde und z.T. bereits zur Herrschaft gelangt war.

Hermann Heller -im Sinne der Antisemiten jüdischer Abstammung, aus großbürgerlichem Hause; Staatsrechtler; er kehrte 1933 von einer Auslandsreise nicht mehr ins faschistische Deutschland zurück und starb im gleichen Jahr - hatte 1925 sein Buch "Sozialismus und Nation" veröffentlicht und wurde sogleich zu einer Tagung der "Hofgeismarer" eingeladen. In seinem Vortrag vertrat der erklärte Gegner marxistischen und internationalistischen Denkens und der Idee der Gleichheit der Menschen ungeschminkt eine Blut- und Boden- Mystik, wie sie - um den Antisemitismus ergänzt- bei den Nazis üblich war.

Er sprach davon, daß jeweilige "Blutsverfestigung" die angeblich verschiedenen körperlichen Eigenarten der europäischen Völker bestimme und die Sozialisten diese Völker als jeweilige Schicksals- und Kulturgemeinschaften anerkennen müßten- der ideologische Ethnopluralismus in reiner Form(vgl. Walter 1983, S.34). In "Sozialismus und Nation" lobpries Heller die *"irrationalen Kräfte des Blutes und der Gefühle"* und verurteilte im gleichen Zug den angeblich vom *"Durchschnittssozialisten* gepredigten *"homo oeconomicus des Liberalismus"* , der "die *nationalen Kulturen erdrückt(...)durch die ungeheure kulturfremde Masse eines zum politisch-wirtschaftlichen Machtbewußtsein erstarkten Proletariats*(S.50;41). *"Zum Teufel mit diesen ausgedienten Ladenhütern des Liberalismus!(...). "Sozialismus bedeutet(...) nicht die Vernichtung der nationalen Volksgemeinschaft durch die Klasse, sondern die Vernichtung der Klasse durch eine wahrhaft nationale Volksgemeinschaft"* (S.35).

Entsprechen diese Sätze Hellers nun mehr der neofaschistischen "Neuen Rechten" um **Alain de Benoist** und **Armin Mohler**, die im Gefolge der historischen KR den Liberalismus zum Hauptfeind erklärt, oder der brutalen Sprache der Hitler-Reden? Heller war ein Querfrontstratege, wie man heute sagen würde, der die nationale Bewegung der Weimarer Zeit mit einem vom Marxismus gereinigten "Sozialismus" zusammenbringen wollte. Vor allem begriff er nicht, daß sein Rassismus sich einmal gegen ihn selbst wenden könnte. Begeisterter Verfechter der "Ideen von 1914"- heute würde man ihn wohl mit der Bezeichnung "deutsch-jüdischer Patriot" verharmlosen-, war er ein Gegner von gleichen Menschenrechten mit weltweiter Geltung; stattdessen favorisierte er ein kulturrelativistisches Recht, das Andere schließlich - in Eisen geschmiedet am Eingangstor zum KZ Buchenwald- in dem Spruch "Jedem das Seine" ethnopluralistisch zusammenfaßten und hinter dem Tor praktisch werden ließen.

Heller gehörte auch zu denjenigen, die Hegels staatspolitische Überlegungen für den nationalistischen und autoritären "Machtstaat" nutzbar machten. Seine Definition der Souveränität des Staates unterschied sich in nichts von der des späteren Nazi-Kronjuristen und heutigen Urahn der "Neuen Rechten" **Carl Schmitt**- mit dem Heller privat freundschaftlich verbunden war-, der die Verfügung über den Ausnahmezustand, d.h. die Möglichkeit zur Errichtung der Diktatur, als Kriterium der Souveränität eines angeblich über den Interessenkonflikten stehenden abstrakten Staates ansah.

"Solange wir nicht wandelnde Geister, sondern Menschen von Fleisch und Blut sind, wird das Rationale nur getragen werden vom Irrationalen, werden Organisationen nur dann Bestand haben, wenn sie Äußerer Ausdruck, letztes Vorwerk einer durch Blut, Boden, irrationale Gefühlswerte, Geschichte, gemeinsamen Kulturbesitz verbundenen Gemeinschaft sind" (S.51), Hellerin "Sozialismus und Nation"

Würdiger Repräsentant der Souveränität eines Staates mit autortärer Diktatur, Herr Schmitt ?

Hellers Idee eines völkisch-rassistisch fundierten " nationalen Kultursozialismus" verneinte die Klassengegensätze, überhaupt die Klassenstruktur der nächst erreichbaren sozialistischen Gesellschaft, und setzte stattdessen auf eine "Gemeinschaft"- wenn es sein mußte, auch mit einem diktatorischen Führer an der Spitze-, die ihre vermeintliche Homogenität über gemeinsame Werte, einen gemeinsamen Willen und die Tat erlange - alle durch "Blut" und "Boden" bestimmt. (Selbstverständlich soll es mal wieder der "gute Führer" sein, Heller nennt ihn "Herr".) Kulturrevolution gegen Liberalismus und Sozialismus wäre also hier der Weg zum politischen Erfolg, nicht soziale Revolution- "Kulturrevolution von Rechts", wie 1984 ein Buchtitel Benoists heißt, mit einem Vorwort von Mohler.

Hendrik de Man gab mit seinem wenig später erschienenen Buch "Zur Psychologie des Sozialismus" einen weiteren Schub in Richtung des Irrationalismus. Der Antimarxist de Man, der sich wenig später dem flämischen Faschismus anschloß, der nazi-deutschen Besatzung in Belgien zu Diensten war, 1944 vom befreiten Belgien als Kollaborateur verurteilt wurde und im schweizerischen "Exil" (auf der Flucht vor seinen antifaschistischen Richtern) starb, hatte dieses Buch den rechten Jusos gewidmet und wurde in den Schriften der "Hofgeismarer" als geistiger Führer verehrt.

Im Gefolge der konservativ- revolutionären Elitetheoretiker **Gustave Le Bon**(Frankreich) und **Vilfredo Pareto**(Italien), die die europäische "Neue Rechte" heute zu ihren historischen Vordenkern zählt, verachtete er "die Massen" und die parlamentarische Demokratie als verantwortlich für einen angeblichen "Kulturverfall". Er strebte einen antidemokratischen Elite- "Sozialismus" an, der nicht Sache einer Klasse sei sondern eines "Volkes" und der auch nicht etwa- wie bei der marxistischen ArbeiterInnenbewegung- die materielle Not der Massen beseitigen sollte, sondern als psychische "Gefühlsreaktion" von "Gebildeten" aus dem Bürgertum und dem Adel einen einheitlichen nationalen "Willen" hervorrufen sollte, der dann die gesellschaftlichen Verhältnisse- jeweils völkisch verschieden- bestimme. -Ähnliche Ideen, die zum Wohlgefallen des Kapitals den Sozialismus-Begriff entmaterialisierten und eine Diktatur gegen die materiellen Ansprüche der Massen geistig ermöglichten, finden sich bei direkten Nazitheoretikern zuhauf. Besonders der religiöse Kitsch, den de Man um germanische Lichtfeste und Arbeitskult aufbaute, imponierte etlichen "Hofgeismarern"; heute knüpft der nationalrevolutionäre Chefideologe **Henning Eichberg** bei seiner faschistischen Interpretation des Maifeiertages an solche Positionen de Mans an. In dem Nazi-Blatt "Europäische Revue"- hier schrieben gleichzeitig mit de Man der italienische Rassist **Julius Evola**, heute ein Ahne der "Neuen Rechten", oder der spanische Elitetheoretiker **José Ortega y Gasset** - begrüßt de Man dann 1943 indirekt den Überfall der Naziwehrmacht auf das neutrale Belgien als Beendigung des "veralteten Systems" der parlamentarischen Demokratie und Chance für eine "neue Ordnung" des siegreichen, angeblich "natürlichen" Nationalismus (S.5;8).

Ein Satz de Mans wie der folgende macht die Geistestradition bis zum ausländerfeindlichen Rostocker Pogrom deutlich:" *Wie bei jedem Gemeinschaftsgefühl, so schlägt auch das Nationalgefühl erst dann in Aggressivität über, wenn es irgendeiner Hemmung, Störung oder Verletzung ausgesetzt ist*" (ebd., S.8). Die Jusos um Sascha Jung könnten dem sicher zustimmen.

Favorit der historischen "Hofgeismarer" war **Ernst Niekisch**, der lange Zeit als der bedeutendste Konkurrent Hitlers um die Führungsposition der antidemokratischen rassistischen Rechten in Deutschland galt, weil er selbst der sozialistischen Bewegung der unmittelbaren Nachkriegszeit entstammte und bis 1926 Mitglied der SPD war. Niekisch hatte damit - wie z.B. auch die Führer des italienischen Faschismus- den Vorteil des sozialistischen Stallgeruchs, den sich die kleinbürgerliche NSDAP Hitlers erst mühsam mit Hilfe der nationalrevolutionären Strasser-Brüder anzuheften versuchte.

Niekisch gehörte zu den extremsten Rassisten, Antidemokraten und Nationalisten im Deutschland der späten Weimarer Republik; seine auch antisemitisch begründete Mordhetze gegen Marxisten, Liberale und Christen in den frühen 30er Jahren stand der eines Julius Streicher (Chefredakteur des Nazi- Blattes "der Stürmer") kaum nach. Aber auch seine Schriften aus der "Hofgeismar"-Zeit- meist Artikel, die er später zu Büchern ausbaute- trugen bereits diese Handschrift. Niekisch Politik war prinzipiell gegen" den Westen", "das Welsche", den Liberalismus und Marxismus, gegen den Ausgang des Ersten Weltkrieges gerichtet. Sein Begriff des "Widerstands" - so hieß später sein politischer Zirkel- war gegen " Versailles" gerichtet, nicht- wie Neofaschisten heute glauben machen wollen- gegen die Nazis, die ihn als einen lästigen Konkurrenten später verfolgten. 1929 schrieb er in dem Buch " Gedanken über deutsche Politik" :"*Das deutsche Volk verurteilt sich selbst; indem es demokratisch wurde, hatte es jene Wertmaßstäbe gewählt, durch die seine frühere Art zu sein verdammt wurde.(...) Damit wurde das deutsche Volk ein entwurzeltes Volk, dem sein geistiges Gesetz von außen her aufgezwungen wurde*" (S.81).Deutschland habe "*nur noch die Freiheit zwei Wege einzuschlagen: entweder asiatisch oder afrikanisch zu werden, sich an das vernegerte Frankreich oder das tatarische Rußland zu schmieden* " (S.255); Niekisch neigte letzterem zu, da er von der Kreuzung des "germanischen Barbarismus " mit der "russischen Volksseele" träumte. "*Vielleicht aber bleibt dieses düstere Entweder-Oder-Deutschland noch erspart, vielleicht winkt ihm noch die dritte Möglichkeit: das deutschgeführte Mitteleuropa*" (S.256), eine Möglichkeit, die seit 1989 zur Realität wurde.

Auch Sätze wie die folgenden hatte Niekisch bereits zwei Jahre vorher in ähnlicher Form bei den von der "reifen Männlichkeit" des deutschen Militaristen begeisterten "Hofgeismarern" vertreten: "Deutschlands *Heil liegt nicht bei Girls, liegt nicht bei emanzipierten Frauen; für Deutschland ist der Feminismus mit all seinen pazifistischen, humanitären, ethisierenden und ökonomisierenden Masken der politische Krebs. Deutschland hat es zu schwer, als das es sein Schicksal Weibern anvertrauen dürfte*" (S.298).

Deutschland habe "*nur noch die Freiheit zwei Wege einzuschlagen: entweder asiatisch oder afrikanisch zu werden, sich an das vernegerte Frankreich oder das tatarische Rußland zu schmieden* "(S.255) Niekisch 1929 in seinem Buch "Gedanken über deutsche Politik"

" Nie kann der Jude, auch wenn er besten Willens und edelster Absichten voll ist, Führer des andersgearteten Volkes sein; er ist nicht Fleisch und Blut von dessen Fleisch und Blut; für dessen Takt, Rhythmus, Gerichtetsein fehlt ihm das Organ : einem anderen, ihm eingeborenen Takt, Rhythmus, Gerichtetsein gehorcht er; wo er führt, unterwirft er das andersgeartete Volk einer fremden Gesetzlichkeit; er vergewaltigt es. Es ist für ein jedes Volk ein Zeichen geschwächten Lebenswillens, wenn Juden nach seiner politischen Führung streben dürfen" Niekisch, 1929

In seinem Buch "Entscheidung" (Berlin 1930) fordert Niekisch die Deutschen zur Entscheidung zwischen ihrer angeblichen völkischen Identität und dem "Westen" auf, der sie überfremde.
Als extremer Rassist meinte er aber lange nicht alle Deutsche: "Soviel *romantisches Blut floß in die Menschen südlich des Grenzwalles ein* (gemeint ist der römische Limes und die Zeit der Antike, d.V.), *daß nicht nur ihr leibliches, sondern auch ihr geistiges und seelisches Dasein dem Gesetz römisch-lateinischen Wesens verfiel*"S.19). Dagegen sei "Verheidung" nötig: "*Der Weltkrieg*" habe "*im deutschen Volk seelische Schichtungen freigelegt, bis zu denen hinunter noch nie eine Wurzel des Christentums drang und für deren unerschlossene ursprüngliche Fruchtbarkeit das Christliche ein fremdes Gewächs ist*" (S.153), die auch den "Hofgeismarern" imponierte. " *Seit Jahrhunderten ist das Christentum am Werk, das germanisch-heroische zu domestizieren und für die romanische Knechtschaft reif zu machen* " (S.153), eine These, die man heute in den Büchern von **Sigrid Hunke** oder Alain de Benoist antrifft.
Niekisch forderte eine "*Selbstreinigung des deutschen Blutes von romanischem Erbgut*"(S.166) und im Kapitel "Der Mut zum Abgrund" nahm er die Praxis von Auschwitz gedanklich vorweg: "*Weil es um Sein oder Nichtsein geht, bleibt Deutschland, wenn es sich selbst erhalten will, das Schwerste nicht erspart: die Bartholomäusnacht und Sizilianische Vesper gegen alles, was an Welschem in ihm lebt. Mit grausamer Härte muß es in sich selbst ausrotten, was in ihm dem Westen verbündet ist, dem Westen Zuträgerdienste anbietet, dem Westen Vorschub leistet. Das Bürgerlich- Liberale ist unter den heutigen Weltverhältnissen für Deutschland Feind im Land; es ist die Romantisierungs-, Zivilisations-, Urbanisierungs-, Verwestlichungs- und Entdeutschungsform des deutschen Menschen. Je mehr einer Bürger ist, desto weniger ist er Deutscher*" (S.162f).
Um keinen Zweifel zu lassen, gegen wen es gehen sollte, hetzte Niekisch bereits in "Gedanken über deutsche Politik": " *Nie kann der Jude, auch wenn er besten Willens und edelster Absichten voll ist, Führer des andersgearteten Volkes sein; er ist nicht Fleisch und Blut von dessen Fleisch und Blut; für dessen Takt, Rhythmus, Gerichtetsein fehlt ihm das Organ : einem anderen, ihm eingeborenen Takt, Rhythmus, Gerichtetsein gehorcht er; wo er führt, unterwirft er das andersgeartete Volk einer fremden Gesetzlichkeit; er vergewaltigt es. Es ist für ein jedes Volk ein Zeichen geschwächten Lebenswillens, wenn Juden nach seiner politischen Führung streben dürfen*" (1929, S.99).
Niekisch fordert von den Deutschen "*Gehorsam, Disziplin, Unterordnung, Treue, Hingabefähigkeit, Dienstwilligkeit*" (S.292) und die Hinwendung zum deutschen Bauerntum: "*Ländlicher werden heißt ärmer und primitiver werden, vielleicht auch roher und barbarischer, sicher aber auch wieder deutscher. Barbarismus trägt sein Recht in sich, wo er Kraft und insbesondere, wo er die Kraft deutscher Selbstverteidigung ist. Dem deutschen Volke tut der Mut zu seinem Barbarentum not; seine Stärke ruht in Germaniens Wäldern; je tiefer es sich dorthin zurückzieht, desto mehr findet es*

sich selbst. Es braucht die Schluchten des Teutoburger Waldes, um den Welschen die Köpfe abschlagen zu können" (1930,S.100). *"Seine innere Haltung ist entscheidend: daß es in der westlichen Zivilisation seinen Abgrund und in der Abkehr davon sein Heil erblicke"*(S.101). Und schließlich Niekischs Vision: "*Deutschland hört auf, noch mehr Zivilisation zu wollen; wird es durch seine Haltung sogar Ursache ihrer Vernichtung, so weicht es auch vor dieser geschichtlichen Mission nicht zurück*" (S.115).

1932 schrieb er das Buch "Hitler- ein deutsches Verhängnis", in dem er den Faschismus rechts von Hitler predigte. Die Schrift wird heute immer wieder als antifaschistisch verfälscht, ist jedoch in Wahrheit ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, lediglich ohne den Konkurrenten Hitler. "*Die nationalsozialistische Bewegung (...) kann aufwühlende Pflugschar, sie kann Kampf schöpferischen Gebärens, sie kann das Gewitter sein, daß die Erde tränkt und die Luft reinigt*"(S.6), wenn sie sich nur endlich von Hitler trenne. Hitler sei zu sehr "Demokrat", "*eine Spielart des demokratischen Menschen*" (S.7).

Positiv schrieb Niekisch hier über den Hitler-Dudendorff-Putsch von 1923: "*In den ersten Jahren allerdings unleugbar noch ein Mundstück des deutschen Protestes.(...)Das Aufgebot, das der Eifer des Demagogen* (d.i. Hitler, d.V.) *in Bewegung setzte, war ein deutscher Glücksfall, Wenn der Feldherr* (d.i. Erich Ludendorff, d.V.) *vorbereitet war, es zu ordnen und zweckvoll einzusetzen*" (S.7f). Dann aber seien bei Hitler die nicht-deutschen Gene bestimmend geworden: "*Er ist romanisierter Deutscher; gegenreformatorische Instinkte, halb wittelsbacher, halb habsburger Färbung, trägt er in seinem Blute*" (S.9). Das habe zur "römischen Überfremdung" des Nationalsozialismus geführt, *"ein gebrochenes deutsches Rückrad"*(ebd.). Hitler habe mißachtet, *"daß die räumliche Mittellage Deutschlands ein Höchstmaß an Zwang, an Kaserne, an Selbstverzicht, an Unnatur fordert"* (S.16), dort, wo Niekisch sein "Deutschland", seinen "germanischen Barbarismus" sucht. Niekisch kritisierte 1932, daß Hitler davor zurückgeschreckt sei, *"die alte Welt in Flammen"* zu setzen (S.25), sich statt dessen der Legalität verschrieben habe, aber: *"Weder Weimar noch Versailles läßt sich legal vernichten"* (S.26). Niekischs einziger Vorwurf gegen die Nazis: *"Ein tiefgreifendes Mißtrauen gegen die abendländische Überfremdung war in Deutschland erwacht; der Nationalsozialismus schläferte das Mißtrauen wieder ein"* (S.29). Schon 1929 hatte er in seinem Buch "Politik und Idee" geschrieben: *"Wer sich der Moral so sehr verpflichtet fühlt, daß er selbst die Rettung seines Volkes nicht durch die Preisgabe sittlicher Grundsätze erkaufen wollte, mag zu manchen Dingen taugen; unter keinen Umständen ist er dazu berufen, Staatsmann zu sein"* (S.15).

Ernst Niekisch

Die Vorstufe zu diesen literarischen Ergüssen produzierte Niekisch

Vom Bock zum Gärtner: ***Wenn es sich um Genossen von rechts handelt, dann ist der Parteivorstand immer sehr großzügig; gegen die Genossen von links ist er ebenso intolerant"***

ab 1926 in den Blättern "Widerstand", an dem sich auch "Hofgeismarer" beteiligten, und "Der Volksstaat", letzteres herausgegeben von einer rechten SPD- Abspaltung, der "Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens". Sachsen blieb für die nächsten Jahre Niekischs Hauptwirkungsstätte.

Die innerparteiliche Auseinandersetzung um Niekisch führte ab 1926 zum Zerfall des "Hofgeismarer Kreises", die von "Hofgeismarern" dominierten Juso-Bezirke "Wasserkante" und "Westliches Westfalen" traten aus der Reichsorganisation der Jungsozialisten aus, in "Hofgeismar"-Blättern wurde zum Anschluß an Niekischs "Widerstand"-Kreis aufgerufen. Das damalige Leitungsorgan der Jungsozialisten, der Reichsausschuß, beschloß mit 13 zu 6 Stimmen: *"Die politische Auffassung des Genossen Niekisch und des ihm nahestehenden Kreises sind mit den Grundsätzen der SPD und den Bestrebungen der Jungsozialisten nicht in Einklang zu bringen. Reichsausschuß und Reichsleitung richten deswegen an den Parteivorstand das Ersuchen, baldigst Schritte zur Klärung des organisatorischen Verhältnisses zu diesen Kreisen zu unternehmen"* (zit. n. Walter 1983, S.58).

Die Reaktion auf die Ungeheuerlichkeiten der Faschisten innerhalb der SPD war so butterweich wie heute. Der damalige Parteivorsitzende Otto Wels bezeichnete die politische Position Niekischs auf dem Kieler Parteitag 1927 zwar als *"rein nationalsozialistisch"* (S.31 d. Protokolls), mußte sich aber von der zum linken Flügel zählenden Delegierten Dora Fabian aus Chemnitz die innerparteiliche Praxis entgegenhalten lassen: *"Der Parteivorstand hat uns in unserem Kampf gegen diese Genossen nicht unterstützt; er hat auf unsere Forderung, sie aus der Partei auszuschließen, nur mit Hohn und Spott geantwortet. Noch heute können diese einstigen Jungsozialisten Mitglieder der Partei sein, obwohl sie mit demselben Herrn Niekisch in der Redaktion seines Blattes "Der Widerstand" sitzen, dessen nationalistische Einstellung Wels in anderem Zusammenhang(...) so treffend gekennzeichnet hat. Wenn es sich um Genossen von rechts handelt, dann ist der Parteivorstand immer sehr großzügig; gegen die Genossen von links ist er ebenso intolerant"* (S.86 d. Prot.). Das hat sich bis heute nicht geändert.

Fichter, Reitz, Glotz: Die "Konservative Revolution" sitzt heute im Ollenhauerhaus

Niekischs Politik ist in den 70er und 80er Jahren zu einem zentralen Bezugspunkt für die "neurechten" Nationalrevolutionäre geworden. Der Verfassungsschutzbericht 1991 des Bundesinnenministers erwähnt ihn unter dem Stichwort "Neonationalisten" in einem Atemzug mit den Strasser-Brüdern und dem SA-Chef Ernst Röhm. Die Konkurrenz der 20er und 30er Jahre spielt keine Rolle mehr, nachdem die "Neue Rechte" die Nationalrevolutionäre innerhalb und außerhalb der NSDAP in den Kreis der "Konservativen Revolution" integriert hat.

Ungeachtet dessen genießt Niekisch innerhalb der SPD - meist nur im kleinen Kreis unter Genossen bekenntnishaft geäußert- vor

allem bei Intellektuellen (oder solchen, die sich dafür halten) hohes Ansehen. Elitendünkel und die Verachtung des Parteivolks an der Basis, das von etlichen Top-Funktionären am liebsten entmachtet würde, bilden ebenso den Zugang zu Ideen der "Konservativen Revolution" wie der Widerwillen gegen den Politiker-Selbstbedienungsladen der modernen Parteiendemokratie, von der dieselben Funktionäre doch leben.

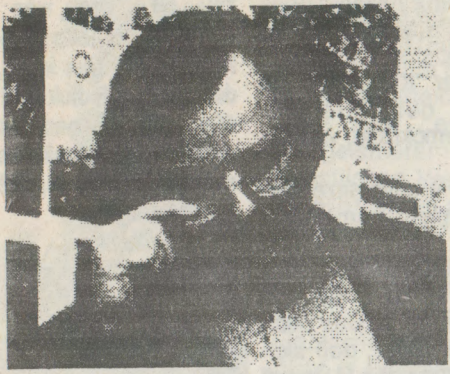
1981 brachte **Peter Brandt**, der als Sohn des Parteivorsitzenden Willy Brandt besonderes Interesse in der SPD genießt, gemeinsam mit dem Niekisch-Anhänger und persönlichen Eichberg-Freund **Herbert Ammon** in der "rororo-aktuell"-Reihe das Buch "Die Linke und die nationale Frage" heraus, das Niekisch Politik ohne jede Einschränkung als wertvolles Erbe der Linken darstellte. Das Buch diente innerhalb der SPD jahrelang als Beweis dafür, daß sich auch die Linke dem Thema Nation stelle. 1985 arbeiteten P.Brandt und Ammon zusammen mit Nationalrevolutionären, die aus der 60er und 70er Jahre-NPD-Szene bekannt waren, und mit dem Referenten für Schulung und Bildung beim SPD-Parteivorstand und Leiter der SPD-Parteischule **Tilman Fichter** ein nationalistisches Pamphlet zur Wiedervereinigung Deutschland aus.

Zu den Unterzeichner der Schrift gehörten schließlich neben Brandt und Fichter etliche Alt- und Neonazis, sogar ein früherer Funktionär der SA-Spitze; wiederholte Aufforderungen an Fichter und Brandt, sich von solchen Mitstreitern zu distanzieren wurden ignoriert, Ammon stellte sich in einer schriftlichen Erklärung sogar demonstrativ vor Niekisch. Die Aktionseinheit mit Neofaschisten hat Fichter bisher nicht geschadet, im Gegenteil: nach der Öffnung der DDR-Grenze empfahl er die zuvor innerparteilich kritisierte Schrift mehrfach als Modell für die Wiedervereinigung, ohne auf die rechtsextremen Miturheber auch nur einzugehen. Im Oktober 1992 lud er P.Brandt als Referenten zu einem SPD-Seminar auf die - zum Leidwesen von Nationalisten inzwischen polnischen- Ostseeinsel Wolin, Thema: "Sozialdemokraten, Demokratie und Nation", Thema der Abschlußdiskussion: "Welche gemeinschaftlichen Identitäten bieten sich in einer offenen Gesellschaft an?". Ammon und Brandt hatten niemals Probleme, in der SPD-Theoriezeitschrift "Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" ihre politischen Ansichten zu verbreiten.

Ein Nationalrevolutionär aus dem Umfeld Ammons, **Christian Wipperfürth** vom neofaschistischen "Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion" (LDD) der 80er Jahre (1984 aus dem Kreis der Eichberg-Zeitschrift "wir selbst" gegründet), arbeitet heute als Mitarbeiter eines ostdeutschen Europaabgeordneten der SPD. (Der Kopf der Gruppe, Ammons persönlicher Freund **Rolf Stolz**, publiziert heute im "MUT"-Verlag des früheren NPD-Bundestagskandidaten **Bernhard C. Wintzek**.) Gegen die LDD, die sich bei Grünen und Jungsozialisten anbiederte, hatte es Mitte der 80er Jahre innerhalb der Jusos starke Widerstände gegeben- verbal, wie in den 20ern gegen die "Hofgeismarer".

Fichters Kollege **Rüdiger Reitz**- außerberuflich ein Propagandist des Genossenschaftsgedankens, wie immer er ihn verstehen mag- leitet seit 1973 das damals neu geschaffene Referat für

"Was ist es denn, was uns nach draußen in die Natur zieht? Was ist es, daß wir durch dick und dünn, durch Regen, Frost und Schnee gemeinsam ziehen? Was ist es, daß wir unsere wohlbehüteten Familienverhältnisse immer wieder verlassen, um, den Vagabunden gleich, durch Deutschland zu ziehen? Ist es nur pure Romantik, die Flucht aus einer vermeintlichen Trostlosigkeit unserer Zeit in die Vergangenheit? Oder hat Jugendbewegung auch mit ihrem Hang zur Romantik, nicht durchaus ihre Existenzberechtigung? Was war früher Jugendbewegung und was bedeutet Jugendbewegung für die Gegenwart?"
aus dem Artikel "Hofgeismar - Jugendbewegung bündischer Prägung" von Bernd Knapstein im "Politischen Rundbrief" Nr.2/1994



Tilman Fichter

Kirchenfragen beim Parteivorstand der SPD. In seinem Buch "Christen und Sozialdemokratie" von 1983 pries er völlig unkritisch Hendrik de Man als Vorkämpfer eines unmarxistischen "Sozialismus", dem er selber anhängt. Auf die Veröffentlichung seiner Kontakte zu zwielichtigen rechten Sektenführern durch die "Bonner Initiative gemeinsam gegen Neofaschismus" reagierte Reitz mit -bisher leeren- Drohungen gegen Antifaschisten. Täglich pflegt Reitz -angeblich berufsbedingt- zu dem überwiegend von Nazis nach 1945 gegründeten Sektendachverband "Deutscher Volksbund für Geistesfreiheit", dem z.B. die "Deutsche Unitarier Volksgemeinschaft e.V." (DUR) angehört; bei der DUR nun wieder führt man neben Henning Eichberg auch Hendrik de Man an, wenn man ins sozialdemokratische Spektrum hineinwirken möchte. Es paßt ins Bild, daß der de Man - Anhänger **Heinz-Dietrich Ortlieb**, früher prominentes SPD-Mitglied, heute zu den ständigen Autoren der Zeitschrift "MUT" gehört.

Schon 1974 gab der spätere Bundesgeschäftsführer der SPD Peter Glotz das Buch "Vorbilder für Deutsche" heraus, in dem Hermann Heller als leuchtendes Vorbild für die zweite deutsche Republik präsentiert wurde. Die inzwischen von Glotz herausgegebene Zeitschrift "Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte", in der Glotz zuletzt auch einen Text Eichbergs abdruckte (vgl. Der Rechte Rand Nr.18, Juli 1992), brachte im Juli 1991 einen unkritisch positiven Artikel über Heller, in dem es hieß: *"Gerade jetzt, wo sich das vereinigte Deutschland erneut die Verfassungsfrage stellt, ist es wichtig, sich Hellers zu erinnern"* (S.651). In der 1984 erschienenen "Gedächtnisschrift für Hermann Heller 1891-1933" mit dem Titel "Der soziale Rechtsstaat" empfahl der SPD-nahe Rechtsextremismus-Forscher Eike Hennig Heller; Hennig war später auch Autor in "wir selbst" und Interviewpartner für das konservativ-revolutionäre Blatt "Junge Freiheit".

Bei so viel aktueller Schützenhilfe für die ideologischen Galionsfiguren des historischen "Hofgeismarer Kreises"- hier konnten nur ein paar offensichtliche Beispiele genannt werden- käme es einer innerparteilichen Revolution gleich, wenn tatsächlich ein Unvereinbarkeitsbeschluß zum heutigen "Hofgeismarer Kreis Leipzig" gefaßt würde. Damit ist nicht zu rechnen, denn Sascha Jung und die Seinen erfüllen mit ihrem Applaus für den Rostocker Pogrom lediglich die politischen Testamente von Heller, de Man oder Niekisch. Die historische "Petersberger Wende" der SPD im Bezug auf ihre Nationalpolitik hat viele tiefe Wurzeln, die lediglich eine kleine internationalistische Partei-Minderheit- seit mehr als 70 Jahren und trotz der Erfahrung mit dem Komplex Auschwitz -bis heute vergeblich- auszureißen versucht.

Birne goes Schönhuber

Nun ist es endlich vorbei, das Superwahljahr des Jahres 1994. Der Höhepunkt des Wahlspektakels war unbestritten der 16.Oktober mit der Bundestagswahl, mit dem heißen Fight zwischen Rudolf "Ziege" Scharping und Helmut "Birne" Kohl. Der Ausgang ist ja jeden bekannt. "Birne" mit fünf Zählerpunkten vor "Ziege" und darf sich mit dem Titel "Kandesbunzler" zieren.

Vorangegangen waren die Kommunal-, Landtags- und Europawahl jeweils mit unterschiedlichen Ausgang zwischen CDU und SPD. Augenscheinlich für diese Wahlen, insbesondere die Landtags-, Kommunal- und Bundestagswahl, war das Wahlverhalten der "mündigen" Bürger. Ging es weniger um politische Inhalte der Parteien, sondern mehr um Personen, die dem Wählervolk als Führer für die Lösung der Probleme vorgeführt wurden. Dabei wurden Worthülsen zum Parteiprogramm, Parteitage zu Kaspershows der zur Wahl stehenden Personen, Konfetti und Luftballons inklusive. Politiker tingelten wie Stars durch die Lande um ihre neue CD, äh, ihr Programm unter die Massen zu streuen. Als Themen zur Wahl standen innere Sicherheit, nationale Identität und soziale Probleme. Diese wurden nahezu von allen etablierten Parteien von links bis rechts aufgegriffen. Vom Straßenrand prangten Slogans wie "Wohnungen für alle" (SPD), "Arbeit her" (PDS) oder "Deutschland zuliebe!" (CDU).

Der Ausgang der Wahlen zeigt aber noch eins, daß die Rechtsaußenparteien von REP, DVU, NPD usw. erheblich an Stimmen verloren haben. Die Gründe dafür sind , daß die regierenden konservativen Parteien in ihren Forderungen und Programmatiken die Parteien am rechten Rand rechts überholt haben. Forderungen wie "taktisch-operative Polizeieinheiten mit grenzüberschreitenden Zuständigkeiten zu schaffen", "Verhinderung der Geldwäsche", "Umkehr der Beweislast";"Lebenslänglich für Rauschgifthändler" und "Verschärfung des Demonstrationsrechts", um einige zu nennen, sind nahezu deckungsgleich mit den Forderungen der REPs. Diese Übereinstimmung ist nicht zufällig, da der ideologische Background und vor allem die Zielrichtung identisch ist. Es geht, mit diesen Programmatiken, nämlich um mehr, als nur pure Handlungsbereitschaft signalisieren zu können, um mehr als den rechten Parteien das Wasser abzugraben und den rechten Rand wieder in die Union zu integrieren. Es geht darum, eine Diskussion über die inneren Werte der Gesellschaft zu steuern und das Verständnis eines starken, autoritären Staates zu etablieren. Der Einzelne soll sich dem Ganzen-Volk, Staat, Nation-unterordnen. Inhalte und Argumentationen sind gleich, nur die Wortwahl unterscheidet sich noch. Die Vorarbeit hatten die konservativen

Vielen Dank für Ihr Vertrauen!

Parteien schon länger geleistet. Forderungskataloge und Gesetzesvorschläge wurden eingebracht, Stimmungsmache betrieben (z.B. Asyldebatte-Änderung des Art.16).So reichten nur noch griffige Slogans mit starken Führerpersönlichkeiten auf Plakate und Mattscheiben zu bannen, um den Wählern zu zeigen ,daß es um den Staat Deutschland geht (siehe oben). Dagegen waren die Slogans und Forderungen der REPs und DVU und anderen Parteien des rechten Spektrums eher hilflos. Wurde gegen die EU gewettert, gegen die "Überfremdung" durch Asylsuchende und Männer mit Rückrat vorgestellt. Selbst der Versuch einer Zusammenarbeit zwischen Schönhuber und Frey (DVU) ,als eine "Allianz für die deutschnationale Identität", scheiterte bei der Wahl. Von 79,1 (67,7 % in Leipzig) der Wähler bei der Bundestagswahl (Landtagswahl in Sachsen unter 50% Wahlbeteiligung) entschieden sich 3,5 % für "Sonstige" Parteien, unter die auch die REPs (1,9%) geführt wurden. Selbst bei der Landtagswahl in Sachsen blieben die REPs mit Herr Bernhard eher bedeutungslos. Das selbe Bild zeigte sich auch bei der Europawahl, wo auch die NPD antrat. Bei der Kommunalwahl in Leipzig im Juni traten die REPs erst gar nicht an.

"Wow, ich bin im Fernsehen!"

Eine Situationsbeschreibung

Antimediale Aktion der Autogegner in Amsterdam: Eine jahrelange Medienkampagne führte dazu, daß von fast allen Bürgerinnen sowohl vom Informationsstand, als auch vom Bewußtsein her die Schädlichkeit des Autoverkehrs erkannt wurde, dies jedoch nicht zu einem praktischem Verhalten führt. Auch die jahrelangen Demonstrationen für eine menschliche Gestaltung des Verkehrswesens und viele militante Aktionen führten zu keinem praktischen Ergebnis. Seit einiger Zeit nunmehr

Seit den 60er Jahren ist es sehr umstritten, ob eine medienorientierte Bewegung, wie wir sie haben, die richtige Strategie zum Widerstand, Revolten oder sogar zur Revolution ist. In der Linken, vor allem der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegung, stand die Volksaufklärung immer an erster Stelle jedes Revolutionsgedankens. Dies war sicher für die damalige Situation in Rußland und auch in Europa richtig. Inzwischen ist aber die Geschichte des faschistoiden und bürgerlichen Abendlandes weitergegangen. Was in den 50er Jahren noch als möglicher Schritt zur Veränderung angesehen wurde, die mediale Wirkung von linker Information, von Demonstrationen usw., wurde in 60er Jahren schon in Frage gestellt. Die "Enteignet Springer" Aktion verdeutlichte einerseits schon die Ohnmacht gegen die bürgerlichen und rechtskonservativen Medien, machte aber auch klar, daß mit linker Volksaufklärung keine Revolte zu beginnen ist. Ulrike Meinhof brachte dies auf den Punkt, als sie davon sprach, daß eine linke mediale Bewegung nichts bringt und es eine Vergeudung von Energie sei, die Bürgerinnen und Bürger über mediale Aktionen wie Demonstrationen, Flugblätter, Zeitungen usw. "aufzuklären". Ihre Entscheidung, einen anderen Weg, den der direkten Aktion anstatt der medialen Aktion zu wählen, hat in der Frühphase der RAF einiges bewegt.

Schon in den 60er Jahren haben verschiedene PhilosophInnen den Kollaps der medialen Information für die 90er Jahre vorhergesagt. Tatsächlich bewegen wir uns immer mehr diesem Kollaps entgegen. Die Menschen sind heute immer weniger in der Lage, die Flut der Informationen nach EIGENEN Kriterien zu ordnen und aufzunehmen. Die Ursache dafür liegt nicht in erster Linie in der Überflutung mit Informationen, sondern in dem Blickfeld der BürgerInnen. Sie haben ein ganz bestimmtes, individuelles Wahrnehmungsfeld, das durch ihren gesellschaftlichen Alltag geprägt ist - Arbeitswelt, Familie, Konsum, Freizeit, Urlaub usw. und die latente alltägliche Staatsmacht, Staatsverwaltung und -fürsorge. Diese Lebensbereiche prägen die Menschen. Alle Informationen, die diesen Lebensbereichen nicht entsprechen, werden "gefühlsmäßig" aussortiert. Das heißt, die Informationen werden zwar aufgenommen und verstanden, aber spätestens bei der Verbindung der Informationen mit sich selbst und dem eigenen Leben, abgeblockt und verdrängt.
Da dieses Verdrängen nicht immer und für jede und jeden funktioniert, wird nunmehr schon im Vorhinein medial abgeblockt. Es existiert bei den meisten Menschen schon eine Sperre, überhaupt Informationen an sich ranzulassen. Dies wird unweigerlich zu dem vorhergesagten "Kollaps der Informationen" führen.

gibt es in Holland verstärkt Menschen, die über die direkte Tat und ohne mediale Berichterstattung die Dinge verändern. Wie bekannt wurde, haben die Autoversicherer festgestellt, daß im Jahre 1991 über 20.000 Autos demoliert bzw. vorübergehend lahmgelegt wurden.

Wie nun aus dem medialen Dilemma herauskommen?

Es gibt bestimmt hunderte von Projekten und Aktionen, die versucht haben, eine mediale linke Volksaufklärung zu schaffen. Alternative Öffentlichkeit, Gegenöffentlichkeit, unterdrückte Nachrichten, unzählige Flugblätter, unzählige Demonstrationen, unzählige Publikationen aus den 80er Jahren haben uns soweit gebracht wie wir heute sind. Aber es ist nicht nur der Punkt, daß es nach meiner Einschätzung ein absterbender Weg für Widerstand und Gegenbewegung ist, sondern es ist sogar gefährlich und letztendlich tödlich im Infokampf der Medien, diesen Weg weiterzugehen.
Immer mehr macht sich auch in den linksradikalen und autonomen Kreisen eine mediale Selbstdarstellung und SelbstverHERRlichung breit. Dies geschieht einerseits für ganze Aktionen und Bewegungen, andererseits aber auch für Einzelne und Gruppen.
Der Tanz um das goldene Kalb der medialen Darstellung tobt. Jede Aktion, jeder gedankliche Widerstand wird auf Medienwirksamkeit untersucht. Das heißt im Klartext, daß Maßstab für revolutionäre Gedanken und Taten immer mehr die Realität des bürgerlichen Konsumlebens wird. Konkret zeigte sich dies seit dem Wiederaufkommen der offen faschistischen Aktionen in der BRD. Eine grundsätzliche radikale antifaschistische Arbeit findet meistens nicht statt. Es werden medienwirksame Demonstrationen veranstaltet, die zum Teil darauf abzielen, deutlich zu machen, daß die Menschen in der BRD doch gar nicht so ausländerfeindlich sind. Dort, wo direkte, nicht medienwirksame Aktionen notwendig

Gerade wenn viel über linke Aktionen im TV oder sonstwo berichtet wird, sind diese Aktionen unbedeutend, sonst würde nicht darüber berichtet werden oder, - was öfter der Fall ist - sie werden benutzt, oder sie sind einfach nur ein Teil der medialen Informationen. Ungefähr so: "Heute demonstrierten 5.000 Menschen gegen die geplante Olympiade in Berlin" und gleich darauf: "Heute hat ein Wirtschaftsgutachten prognostiziert, daß durch die Ausrichtung der Olympiade in Berlin 10.000 neue Arbeitsplätze entstehen." Womit die für Linke "gute Nachricht" sofort neutralisiert wurde.

sind, wie Flüchtlinge vor dem Staatszugriff zu verstecken usw. findet nichts oder kaum etwas statt.
Demgegenüber halte ich die mediale Realität der linksradikalen und autonomen Strukturen für sehr gefährlich, wenn sie nämlich eine Scheingröße vorgaukeln. Der Umfang und die Größe der Widerstandsbewegungen wird an der Länge der Berichte in der Tagesschau und Presse ausgedrückt. Das jeweilige Einsetzen der großen Frustration oder Selbstbefriedigung verschleiert in jedem Fall den Blick auf die Tatsachen. Dieser lähmende Einfluß auf die Arbeit linker Zusammenhänge ist allgegenwärtig.
Mir geht es weniger darum, mediale Aktionen zu verteufeln, als vielmehr klar zu machen, daß das Verhältnis Energie, Aufwand - Nutzen, Wirkung mittlerweile nicht mehr zu vertreten ist. Mediale linke Volksaufklärung (Bestrebungen möglichst viele Menschen von anti....ischen Inhalten zu überzeugen, bzw. überhaupt bekannt zu machen) kann nur mit den angemessenen Mitteln geschehen. Die Mittel der notwendigen Massenkommunikation (Zeitungen, Zeitschriften mit hoher Auflage, Rundfunk, Fernsehen) stehen jedoch einer radikalen Minderheit, als die man sich realistisch begreifen sollte, nicht ohne weiteres zur Verfügung.
Ein großer finanzieller Aufwand, professionelle Publizistik und nicht zuletzt eine angemessene Qualität der Inhalte wären Voraussetzungen um das Ziel, mit den Massen zu kommunizieren auch wirklich zu erreichen. Logischerweise heißt das auch, sich in die Realität des bürgerlichen Konsumdenkens und -lebens einzuklinken. Mitzumachen beim Tanz ums Goldene Kalb. Aufmerksamkeit durch moderne Werbetechniken zu erhaschen. Stimmen zu gewinnen.
Doch niemand kann eine Garantie dafür geben, daß selbst dann der Gedanke aufgeht, die Massen mit neuen, alternativen, unterdrückten Ideen, Nachrichten und Informationen wirksam zu konfrontieren und darüber hinaus mit ihnen in einen Dialog zu treten. Also die Grundlage für eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu schaffen. Ein Versuch diese Rechnung mit Dutzenden Unbekannten heute umzusetzen, hieße mit großer Sicherheit im Fiasko zu enden.

"..politischer Kampf ist zunächst immer Kampf um die Köpfe der Menschen: ist Kampf der Ideen im Vorfeld der Gewehre. Jede herrschende Elite verfügt über zwei Verteidigungslinien: eine unsichtbare, die in unseren Köpfen ist und eine sichtbare, militärische, die von der Armee der Regierung des Regimes gebildet wird. Solange die erste

Weder die konsequent-spezifische mediale Ausrichtung, noch die vorherrschende permanente Halbherzigkeit im "Kampf um die Köpfe", wird in absehbarer Zeit zu Ergebnissen führen. Die Diskussionsforen, Auseinandersetzungen und Kommunikationen innerhalb der linksradikalen und autonomen Zusammenhänge werden zum Teil nur noch auf medialer Ebene praktiziert. Was überregional logisch ist, wenn man sich an viele InteressentInnen wenden möchte, regional jedoch kaum Sinn macht, wenn es dabei um Selbstdarstellung und Sektierertum geht. Sicher, eine Zeitung lebt (eigentlich) davon, Meinungen und Ideen von Lesern und Autoren zu reflektieren. Beschränke ich mich aber innerhalb der "Szene" einer Stadt darauf (und meistens nicht mal das), wird die persönliche Auseinandersetzung extrem in den Hintergrund gedrängt. Wenn wir es also nicht fertig bringen, auf natürliche Art und Weise miteinander umzugehen und zu kommunizieren (ein "Seismograph" dafür ist bsp.weise das Offene Antifaschistische

Plenum), erlischt damit nicht nur jeder Anspruch auf "Aufklärung der Massen", sondern wir entfernen uns von den Ansprüchen der Selbstbestimmtheit und Menschlichkeit.
Die Motive für mediale Aktionen sollten meiner Meinung nach neu geprüft werden. Jede Zeit- und Kraftinvestition in Plakate, Aufrufe, Flugblätter, Videos, Broschüren und Demonstrationen geht TATsächlicher Widerstandsarbeit verloren.
Unter Verwendung eines Textes aus dem "Schwarzen Kalender 1993".

"Die meisten Linken haben mit der Zäsur der Jahre 89/90 kapituliert und versuchen nun, den Arsch an die Heizung zu bekommen. Der Rest ist unter sich zerstritten und muß den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen, wenn er noch Demonstrationen von nennenswerter Größe zustande bringen will. Die Kompromisse, die dabei geschlossen werden, beleidigen das logische Denken.
So sind Aufrufe zu den Aktivitäten am 3.10. in Berlin und Bremen ein Sammelsurium aller möglichen -ismen; krampfhaft wird versucht, Argumente gegen den eigenen Staat und die Weltwirtschaft, gegen Lohndrückerei und Kinderschändung, Psychostreß und Leichtlohngruppen zusammenzuflicken. Abgesehen von der verquasten Sprach - im Kampf gegen die Grammatik winkt der Sieg im Volkskrieg - könnten diese politischen Null-Lösungen auch in der Bonner SPD-Baracke verfaßt worden sein.
Konsequenz: Schluß mit der lähmenden Bündnispolitik, Schluß mit den langweiligen Demonstrationen. Eine kleine radikale Minderheit braucht andere Aktionsformen: Waren die Eierwürfe auf Richard von Weizsäcker nicht Auslöser einer notwendigen Debatte über die Mitverantwortung der Christdemokraten für die Brandanschläge in Mölln und anderswo? Störte die Besetzung der "Gedenkstätte deutscher Widerstand" nicht wirkungsvoll der deutschnationalen Stauffenberger zum 50.Jahrestag des 20.Juli? Selten agierten 10 Leute effektiver: Die von keiner Kompromisselei verballhornte Presseerklärung der Gruppe stand hinterher in vielen Zeitungen.
Was tun gegen die bleierne CDU-Dominanz und aufkommenden Faschismus? Die Außerparlamentarische Opposition (APO), in den 60er Jahren in einer ähnlichen Lage, handelten nach folgender Maxime: "Die stille Aufklärung war ein Fehlschlag. Erst die radikalen, Widersprüche in der Bevölkerung aufreißenden Aktionen der APO haben eine massive Opposition bilden können. Sie haben sich nicht an die abstrakt statistische Bevölkerung gewandt, sondern an spezifische Gruppen, deren Bewußtsein noch offener ist als das der apathisierten Massen." (Hans-Jürgen Krahl, zusammen mit Dutschke einer der Theoretiker der APO) von Jürgen Elsässer in der "jungen Welt"

Verteidigungslinie nicht genommen ist, ist die Prätention, die zweite zu attackieren, sinnlos. (Daher die Absurdität, in den konsolidierten Metropolen der 1.Welt, wie der BRD, bewaffneten Guerrillakampf führen zu wollen.)"
Heinz Dieterich, Prof. Soziologie an der Universidad Autonoma Metropolitana, Mexico City

Fakten zum Fall "KAINDL"

Hier nun ein ausführlicher Bericht zum Fall "Kaindl". Nachdem es in Berlin große Auseinandersetzungen gab, ob oder wie mensch sich solidarisiert oder sich ganz von den Angeklagten distanziert weil ein Faschist gestorben ist oder ob Menschen, die Aussagen gemacht haben die Solidarität entzogen wird, wollen wir euch diese Diskussionen nicht vorenthalten. Im Folgenden wollen wir versuchen, euch zu zeigen, wie der Staatsschutz versucht durch erpreßte oder fingierte Aussagen gegen die Antifa-Bewegung vorzugehen.

Was ist passiert:

In der Nacht zum 4. April 1992 trafen sich 7 faschistische Funktionäre (Männer und Frauen) in einem Chinarestaurant am Kottbusser Damm in Berlin. Dabei waren unter anderem: Carsten Pagels (ehem. Landesvorsitzende der REPs, verantwortlicher Chefredakteur der rechtsradikalen Zeitung "Junge Freiheit"), Thorsten Thaler (ehem. Fraktions- und Pressesprecher der REPs, seit '91 in der "Deutschen Liga" organisiert), Gerhard Kaindl (ehem. Funktionär der REPs in Berlin/Steglitz, danach Landesschriftführer der "Deutschen Liga"), Gabriele Hartung (Bundesvorstand der "Deutschen Liga").

Nach Bekanntwerden des Treffens versuchten mehrere AntifaschistInnen spontan, die Nazis aus der Kneipe zu vertreiben. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurde G. Kaindl so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb. Trotz massiver Fahndung, Vorladungen und Verhören verliefen die Ermittlungen von Bullen und Staatsanwaltschaft 1 1/2 Jahre ergebnislos. In dieser Zeit wurden jedoch Daten Berliner AntifaschistInnen an die "Deutsche Liga" weitergegeben. So meldete die "Deutsche Rundschau" (Parteizeitung der DL) etwa ein halbes Jahr nach dem Vorfall, daß sämtliche 8 Täter ermittelt und der Redaktion mit Namen, Anschrift und Kfz-Kennzeichen bekannt seien. Ebenso äußerte Thorsten Thaler gegenüber der TAZ (Ausgaben vom 19.11.93 und 28.11.93), daß ihm eben diese Daten beim Verhör durch den Berliner Staatsschutz übermittelt wurden. Die zuständigen Bullen streiten natürlich jede Verantwortung für ihre Zusammenarbeit mit den FaschistInnen ab!

Die Verhaftungen wurden möglich durch die Aussagen des heute 17-jährigen Erkan Sönmez. Er stellte sich am 13. November 1993 der Polizei, als angeblich Tatbeteiligter. Die Haftbefehle gegen die anderen Inhaftierten und Gesuchten basieren auf seiner Aussage. Er selbst belastete sich schwer. Erkan war schon längere Zeit in psychiatrischer Behandlung. In dieser Situation wird er zwei Wochen lang regelrecht unter Verschluß gehalten. Unter diesen Bedingungen entstanden die Aussagen, die die folgende Repressionswelle auslösten. Er drehte mehrmals in der Zelle durch und verletzte sich dabei an den Händen. Im Dezember wurde er in die psychiatrische/neurologische Abteilung (PN) der Justizvollzugsanstalt Tegel verlegt. Dort stand er unter starkem Einfluß von Psychopharmaka, war apathisch und kaum ansprechbar. In diesem Zustand versuchte er sich zwischen Weihnachten und Neujahr umzubringen und verletzte sich dabei schwer. Bei dem Haftprüfungstermin Anfang Februar wurde er wegen Haftunfähigkeit aus der PN Tegel entlassen. Jetzt ist er in

einer geschlossenen Abteilung der "Bonhöfer Heilstätten". Bahrettin Yoldas wurde zwei Wochen später als die anderen verhaftet und machte auch Aussagen. Fatma, Mehmet und Abidin verweigerten jede Zusammenarbeit mit den Bullen. Im August stellten sich noch Seyho und Carlo den Behörden. Fünf weitere Antifas befinden sich immer noch auf der Flucht.

Prozeßverlauf:

Am 15. April erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen "Mordes aus niederen Beweggründen" und "sechsfachen Mordversuch". Die Vorsitzende Richterin ließ aber "nur" "gemeinschaftliche Körperverletzung in sechs Fällen " zu.
Am 20. September 94 begann der Prozeß gegen die sieben Antifas. Der erste Prozeßtag war geprägt von Verzögerungen und überzogenen Sicherheitsvorkehrungen. Die BesucherInnen mußten ihre Schuhe ausziehen und ihre Kleidung wurde durchwühlt. Es ging sogar soweit das Bleistifte und Papier einbehalten und die Personalausweise der BesucherInnen kopiert wurden. Nach mehrstündiger Verspätung konnte der Prozeß beginnen (mit den 11 bewaffneten Bullen die schon im Verhandlungssaal saßen). Mehmet, der an diesem Tag Geburtstag hatte, wurde ein Ständchen gesungen, die anderen mit Applaus begrüßt. Während der vielen Unterbrechungen konnten ein paar Worte mit den Angeklagten gewechselt werden. Der Prozeß ging nicht über die Feststellung der Personalien hinaus, da Erkan verhandlungsunfähig war. Er machte den Eindruck, daß er mit starken Psychopharmaka behandelt wird. Die BesucherInnen verabschiedeten sich mit einem langen Applaus und Sprüchen wie "Power durch die Mauer" und "Wir kommen wieder".
Am 17. September 94 begann der zweite Prozeßtag, diesmal sogar pünktlich. Den Gefangenen wurde bis nach dem Ende ihrer

IT'S SABO*-TIME!

"frente" erscheint ab Oktober 1994 zweimonatlich mit voller bauer.
Seit mit dabei und holt Euch das SABO* für ein ganzes langes Jahr.
Durch die Jahreszeiten begleiten Euch sechs Ausgaben der "frente",
exclusiv aller von der AJF herausgegebenen Flugi's, Aufklebers,
Poosters, Steckbriefe etc.
Mit [illegible] Preis erhalten sind Spesen für zusätzliche Porto's.
Der SABO* Preis bleibt für das Jahr gleich.
Schickt das Geld bitte in einem Umschlag an die wohlbekannte
Adresse: AJF, B.-Göring-Str.152, 04277 L.E.

FUCK

Das SABO ist das "SpezialABOnnement" und kein eingetragenes Zeichen!*

Einlassungen untersagt sich zu unterhalten, außer private Dinge und diese jedoch auch in türkisch. Die Staatsanwälten Nielsen verlas die von ihr erstellte Anklageschrift und nicht die vom Gericht zugelassene, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. Auf Beschwerden der Anwälte und der Vorsitzenden Richterin Eschenhagen wurde die Anklageschrift noch einmal "halbrichtig" verlesen (richtige Gesetze aber falsche Darstellung) und dann zum drittenmal richtig verlesen.

Nach der Mittagspause wurden die Gefangenen befragt ob sie sich zur Sache äußern wollten. Alle beantworteten die Frage mit ja, außer Fatma. Sie erklärte, daß ihr "sich nicht äußern" nicht bedeutet, daß sie sich distanziere sondern, daß das was die anderen sagen von ihr mitgetragen wird. Als erster äußerte sich Abidin! Er erklärte, daß er an dem Abend nicht dabei war und das die Aussagen der beiden Jugendlichen falsch sind. Nach der politischen Erklärung von Abidin gab Fatma ihre politische Erklärung ab. Danach war der zweite Verhandlungstag beendet. Die BesucherInnen verabschiedeten sich von den Gefangenen mit Applaus und Sprechchören.

Am 4. Oktober begann der 3. Verhandlungstag. Alle Gefangenen, die sich zur Sache äußern wollten, wurden zuerst gehört. Danach wurden sie zu einzelnen Tatkomplexen befragt . Seyho Karaaslan, Carlo Blietz, Bazdin Yoldas, Erkan Sönmez und Mehmet Hasim Ramme schilderten die Ereignisse aus ihrer Sicht. Bazdin Yoldas berichtete, das er gesehen habe, wie G. Kaindl während des Handgemenges eine Waffe gezogen habe und auch bereit war zu schießen. Er belastete eine nicht im Verfahren befindliche Person,

daß sie zugestochen habe. Erkan belastete ebenfalls eine Person, bei der er gesehen habe, wie sie zugestochen haben soll. Darüber hinaus könne er sich an fast nichts mehr erinnern, nur das die Ermittelnden Staatsschützer in den Verhören "Sätze formuliert hätten und er nur mit ja oder nein geantwortet habe". Auf seiner Aussage beruhen drei Viertel der Anklage. Auch Mehmet berichtete, daß er, als sie rausgelaufen sind er eine Scheibe zer bersten und zwei Schüsse hörte.

Nach der Mittagspause wurde die Verhandlung mit der Befragung zum ersten Tatkomplex (Kreuzberger Kneipe) Fortgesetzt. Abidin erklärte das er zur Klärung seines Aufenthalts in jener Kreuzberger Kneipe einen förmlichen Beweisantrag stellen wird. Danach mußte Seyho fast eine Stunde lang Rede und Antwort stehen. Seyho gelang es in hervorragender Weise die Konstruktion der Anklage zu Widerlegen.

Am 4. Verhandlungstag ,dem 7. Oktober sollte es im wesentlichen um den weiteren Verlauf des Geschehens gehen. Dazu wurden die einzelnen Angeklagten weiterhin befragt. Bazdin Yoldas bestätigte im wesentlichen die Aussagen von Seyho. Auf Nachfragen, wie die Unterschiede zu seinen polizeilichen Aussagen zustande kommen, schilderte er ausführlich die Verhörsituation beim Staatsschutz. Er wurde am 2. 12. 93 zu Hause festgenommen, die Polizisten seien hart und unverschämt gewesen, ganz im Gegensatz zu den Beamten des Staatsschutzes die sehr nett waren. Seine erste Vernehmung dauerte von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr. Es gab ein mehrstündiges sogenanntes Vorgespräch. Da erzählte er ungefähr eine halbe Stunde den Sachverhalt, im Groben so wie in der Verhandlung. Danach wurden ihm die Aussagen von Erkan vorgehalten. Ihm wurde gesagt das wenn er Aussagen macht, glimpflich davonkommt und nach Hause gehen kann. Die Beamten bestritten einen Großteil ihrer Zeit mit ihren Fragen, er hatte den Eindruck seine Aussagen sollten denen von Erkan angeglichen werden. Er bestätigte einen großen Teil davon was ihm der Staatsschutz vorgeschlagen hat.

Nach dem Vorgespräch begab er sich mit den Beamten in einen anderen Raum, wo dann von den Beamten Sätze formuliert und niedergeschrieben wurden. Er sollte "nein" sagen wenn etwas falsch war, er wollte zu diesem Zeitpunkt nur seine Ruhe haben. Er unterschrieb seine Aussagen ungelesen und war sich der Tragweite nicht bewußt. Nach Akteneinsicht fand er vieles falsch wieder, was er heute in der Verhandlung korrigiert hat. Die von der Staatsanwaltschaft offensichtlich politisch motivierte Anklage "gemeinschaftlicher Mord" ist mit dem heutigen Verhandlungstag weitgehend dementiert.

Am fünften und sechsten Verhandlungstag wurden die Angeklagten weiter zur Sache vernommen. Bazdin sagte aus, eine der noch gesuchten Personen, die er mit Aussagen belastet haben soll überhaupt nicht gekannt zu haben. Er wußte weder, wer ihm den Baseballschläger in die Hand gedrückt hat noch ob ein weiterer von ihm beschuldigter Mensch bewaffnet war. Mehmet, Seyho und Carlo erklärten zum wiederholten Mal das Abidin bei der Aktion nicht dabei war. Fatma soll nach einem Streit um die Frage, ob

Haftbedingungen von Carlo

Nach den ersten zwei Wochen "normaler" Haftbedingungen wurde er in eine kleinere düstere Zelle, voll mit Hakenkreuzschmierereien, gesteckt. Nach Protesten von Anwälten bekam er eine andere Zelle, aber der vorherige Aufschluß wurde gestrichen. Zwei Pakete aus dem Ausland wurden zurückgeschickt obwohl jede/r Gefangene das Recht auf Erhalt von Auslandspaketen hat. Sein reguläres Jahrespaket wurde mit der Begründung sein Antrag wäre nicht mehr auffindbar ebenfalls zurückgeschickt. Bücher gingen ebenfalls an den Verlag zurück. Erst beim zweiten Versuch wurden sie ihm ausgehändigt. Sei Antrag auf eine Zelle mit Stromanschluß wurde mit der Begründung, es bestänen für ihn "besondere Haftbedingungen" abgelehnt. Erst vor einigen Tagen erhielt er eine "Stromzelle". Für den Besuch von seiner Verlobten gilt absolutes Berührungsverbot. Kürzlich wollten die überwachenden Schließer ein Besuch wegen Händchenhaltens abbrechen. Sie schlugen Alarm und drohten mit Gewaltanwendung. Erst durch die Intervention des stellvertretenden Anstaltsleiters konnte der Besuch fortgesetzt werden. Carlo muß jetzt allerdings mit einer Anzeige der Schließer rechnen.

Frauen bei der Vertreibung von Faschisten mit dabei sein sollten, weder direkt vor noch in dem Lokal gewesen sein. Die Methoden des Berliner Staatsschutzes geraten weiter ins Zwielicht.
Am siebten Verhandlungstag hat das Gericht beschlossen, daß die Aussagen des Hauptbelastungszeugen Erkan Sönmez nicht mehr verwertet werden dürfen. Ein Sachverständiger hatte erklärt, daß Erkan schon während der Verhöre unter paranoider Schizophrenie gelitten hat. Auch die Aussagen des zweiten Zeugen der Anklage, Bazdin Yoldas, werden immer fragwürdiger. Die Verteidigung beantragte Haftverschonung für Abidin. Dies lehnte jedoch das Gericht ab. Der dringende Tatverdacht auf "Körperverletzung mit Todesfolge" besteht immer noch.
Implizit hat die Vorsitzende Richterin deutlich gemacht, daß für sie der Vorwurf des "gemeinschaftlichen Mordes" vom Tisch ist. Es bleibt also abzuwarten wie sich der Prozeß weiter entwickelt.

Diskussion

Diskussionen als Reaktion auf außergewöhnliche Geschehnisse, sind, fern vom eigentlichen Ort der Auseinandersetzung leicht zu führen, da mensch über eine Sache urteilen kann, die ihn schon irgendwo betrifft, die er aber nicht wirklich ge/erlebt hat. Die verbalen Kämpfe um die Geschehnisse des 4. April 1992 sind nichts Neues, gab es damals an der Startbahn, gibt es heute u.a. zum Kaindl Fall und wird es morgen geben. Es sollte nicht darum gehen, als Außenstehender/in mit riesengroßen Zeigefinger, Menschen für ihre Taten zu verurteilen oder zu idealisieren , sondern darum , sich in die Leute, die sich ent-schieden haben, reinzuversetzen, und für sich abzuschätzen wie weit mensch in solcher Situation gehen würde.

Zum Stand der Auseinandersetzungen:

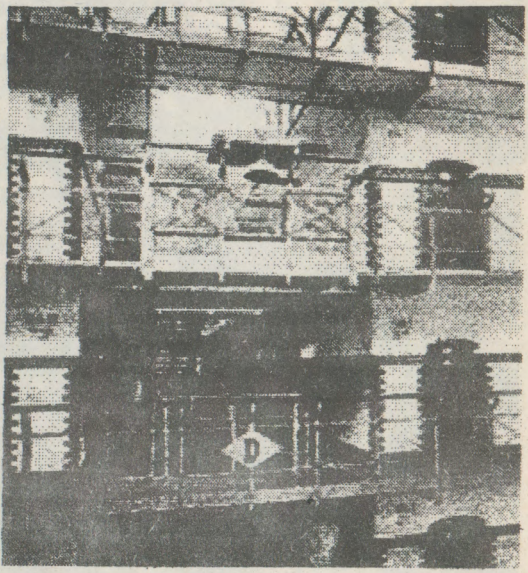
Die Rote Hilfe Berlin distanzierte sich von der " politischen Linie" des Unterstützerkommitees, da sie diese nicht mehr mittragen könne. Für die Rote Hilfe gibt es " keine Unterstützung für Verräter und Kronzeugen" d.h. für Erkan und Bahretin. Sie schreibt: "Im vorliegenden Fall gibt es keinen einzigen Beweis, weder gegen die

inhaftierten und gesuchten Genossinnen noch gegen die Gruppe Antifaschist Genclik. Jetzt kommen Erkan und Bahretin und verleihen den Staatsschutzkonstruktionen den Anschein eines Beweises, indem sie ihre Unterschrift unter die Vermutungen und Behauptungen der Bullen setzen.

Es mag verschiedene Gründe geben, warum jemand zum Kronzeugen wird. Das spielt aber für unser Verhalten ebensowenig eine Rolle, wie die Frage der moralischen Verurteilung eines solchen Tuns. Es ist für uns linksradikale und revolutionäre Menschen und Gruppen eine Überlebensfrage, die Linie der konsequenten Aussageverweigerung politisch und praktisch durchzusetzen.

Wenn wir nicht bei einer verschärften Unterdrückung untergehen wollen, müssen wir uns von Menschen trennen, die dies nicht klar haben wollen. Aus Gründen des Selbstschutzes müssen wir uns offensiv von Kronzeugen distanzieren und sie aus allen linken Zusammenhängen ausschließen. Für die Rote Hilfe heißt dies konkret, daß wir Erkan und Bahretin nicht mehr in die Solidaritätskampangne einbeziehen."

Der Ermittlungs-ausschuß nahm zu dieser Position Stellung. Er bezieht sich dabei auf ältere Beiträge der 'Kämpfenden Waldfeen', in denen es heißt: "Einen der wichtigsten Fehler sehen wir in den Strukturen der Funktionalisierung. Leute werden nicht umfassend als Persönlichkeit wahrgenommen, sondern nach ihrer Verwertbarkeit im Widerstand fixiert Radikalität heißt auch, mit den überkommenen bürgerlichen Verhaltensweisen zu brechen, unsere Umgehensweise zu hinterfragen, die eigenen Mauern und Fassaden abzureißen. Heißt mehr Offenheit und Verbindlichkeit unter uns." Der EA hält die Meinung der Roten Hilfe, für autoritär und repressiv."



Es wird nicht nach Gründen gefragt und damit auch jede selbstkritische Hinterfragung eigener alltäglicher, politischer Praxis elegant umgangen. Die Grenze der Solidarität mit Leuten, die mit ihren Aussagen andere belasten, bestimmt sich daran, ob diese zu einer Auseinandersetzung um ihr Verhalten bereit sind, und ihr Verhalten insoweit verändern werden, daß daraus deutlich wird, daß es ihnen nicht nur darum geht den Kopf möglichst billig aus der Schlinge zu ziehen, sondern auch die Folgen für die Genossinnen mit einzubeziehen. Unter diesen Voraussetzungen verhalten wir uns solidarisch zu Leuten, die Aussagen gemacht haben."

Eine weitere Antwort auf die Erklärung der Roten Hilfe gibt die Veranstaltergruppe der Infoveranstaltung für die inhaftierten Antifas

im "EX" in Berlin.
"Solange Erkan keinen Boden unter den Füßen hat, er nicht in der Lage ist, für sein Handeln die Verantwortung zu übernehmen und wir nicht wissen, wie und unter welchen Umständen die Aussagen zustande kamen und solange er selber nicht sagen kann, ob er sich einer Auseinandersetzung um seine Aussagen stellt oder die Auseinandersetzung verweigert, solange werden wir ihm den Boden der Solidarität nicht entziehen."

Erklärung der internationalen ProzeßbeobachterInnen

Wir sind von weit her nach Deutschland gekommen, um dieses Verfahren zu beobachten, weil wir der Meinung sind, daß die sieben Angeklagten angesichts der gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge, aus denen heraus dieses Verfahren zustande gekommen ist, kein gerechtes Verfahren erwarten können.
Unsere ursprünglichen Sorgen bestätigten sich in einem Gespräch mit einem Vertreter der Rechtsanwälte der Angeklagten, der uns über folgendes informierte:
1. Obwohl die Ermittlungsbehörden zugeben, daß keiner der sieben Angeklagten den Mord an G. Kaindl begangen hat, werden alle sieben Angeklagten trotzdem mit Hilfe des höchst fragwürdigen Konzepts der "kollektiven Schuld" wegen dieses Vergehens angeklagt, ohne das für diese Anklage eine ausreichende faktische Grundlage existiert. Kurz, die Mordanklage ist unter diesen Umständen nicht gerechtfertigt und von großer Härte. Diese Anklage spiegelt die politischen Motive derjenigen wieder, die dieses Verfahren vor Gericht gebracht haben.

2. Die Beweisführung der Staatsanwaltschaft beruht auf einer erzwungenen Aussage eines der Angeklagten, dem

damals 17-jährigen Erkan S. mit einer Geschichte von psychischer Erkrankung. Erkan S. wurde zwei Wochen lang ohne rechtlichen Beistand durch die Polizei verhört. Diese Verhöre wurden nicht angemessen protokolliert. Wir fragen uns, was die Polizei durch dieses Vorgehen zu verbergen und zu konstruieren versucht. Die Art und Weise des Verhörs und der Dokumentation stellen einen eindeutigen Mißbrauch des Rechtssystems dar.
Alle Seiten - das Gericht eingeschlossen - haben zugegeben, daß Erkan S. aufgrund seiner psychischen Erkrankung nicht in der Lage ist, wahrheitsgetreue Angaben über Ereignisse zu machen oder auch nur die Bedeutung der polizeilichen Verhöre zu erfassen. Wir haben Erkan S. im Gerichtssaal beobachtet und stimmen dieser Einschätzung zu.

Unsere Besorgnis hat sich noch weiter dadurch verstärkt als das Gericht am ersten Verhandlungstag seine Sitzung nach der Anhörung eines medizinischen Gutachters beenden mußte. Dieser bestätigte, daß dieser junge Mann psychisch so sehr erkrankt ist, daß er den Vorgängen im Gerichtssaal trotz der Anwesenheit seiner Anwälte und eines Arztes nicht folgen kann.
Wir kamen auch nicht umhin wahrzunehmen, daß trotz der Tatsache, daß die Vorsitzende alles versuchte, um den ordnungsgemäßen Fortgang der Verhandlung zu ermöglichen, die übermäßigen Sicherheitsmaßnahmen der Polizei in diesem Verfahren den Verlauf des Verfahrens verzögern und stark beeinflussen. Wir müssen darauf hinweisen, daß es unter diesen Umständen nicht möglich zu sein scheint, Recht zu sprechen. Denn auf welche Weise kann die Präsenz von bewaffneten Polizeibeamten im Gerichtssaal der Wahrheitsfindung dienen.
Auch über die Art und Weise, wie die Angeklagten durch die Sicherheitsbeamten im Gerichtssaal und in den Untersuchungsgefängnissen behandelt werden, sind wir besorgt. Die Angeklagten erhielten während der Mittagsprozeßpause z.B. keine Getränke, und wir mußten erfahren, daß einer der Angeklagten immer noch in 23-stündiger Einzelhaft festgehalten wird.
Darüber hinaus konnten wir keinerlei Beweise für eine Verbindung zwischen der Gruppe Antifasist Genclik und der PKK finden. Wir halten es für dringend notwendig, daß diese Tatsache nicht nur von der Richterin, sondern auch von der Staatsanwaltschaft und den Medien zur Kenntnis genommen wird.
Wir sind davon überzeugt, daß in einem fairen und gerechten Verfahren alle sieben Angeklagten von dem Vorwurf des "gemeinschaftlichen Mordes und der gemeinschaftlichen sechsfachen schweren Körperverletzung" freigesprochen würden.
Gloria Echeveste, MLN-Tupamaros, Uruguay
Julio Peralta, MLN-Tupamaros, Uruguay

Mike Luft, Searchlight-Magazine, Beauftragter f. Glynn Ford (MdEP), GB
Len Weinglass, Rechtsanwalt, USA
Yüksel Hos, Rechtsanwalt, Internationaler Menschenrechtsverein (IHD), Türkei

Politische Stellungnahme von Fatma

Wir stehen hier heute vor Gericht und werden des "gemeinschaftlichen Mordes" an einem faschistischen Kader, sowie wegen sechsfacher gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Zur Begründung des schweren Vorwurfs heißt es in der Anklageschrift, daß das Motiv "politisch motivierter Haß" sei.
Gestützt auf die Aussagen eines siebzehnjährigen, der sich seit längerem in einer Nervenheilanstalt befindet. Allein diese Tatsache zeigt, daß es einzig im Interesse des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft ist, uns als aktive AntifaschistInnen, MigrantInnen zu kriminalisieren, einzuschüchtern und abschreckende Urteile zu erwirken, die stellvertretend für all diejenigen geltend gemacht werden sollen, die sich als MigrantInnen, Obdachlose und Behinderte mit ihrer Opferrolle nicht abfinden wollen.
Wir stehen hier in erster Linie als Immigrantinnen und gleichzeitig als aktive AntifaschistInnen vor Gericht, uns als Betroffene von Brandstiftungen, Morden, Pogromen durch rassistische Totschläger und Neonazis, wird das Motiv "politisch motivierter Haß" zugrunde gelegt.
Von einem Gericht, daß eine Nebenklage zuläßt, die damit begründet ist, daß die betreffenden Personen "seelischen Schaden" davon getragen hätten, von einer Person, die durch ihre Aktivitäten in der faschistischen Partei Deutsche Liga verantwortlich ist für mehr als 60 Tote (Morde) und Tausenden von Angriffen auf Flüchtlinge und ImigrantInnen. Von einer Person, die durch ihre Propaganda, Hetzschriften und menschenverachtende Politik nicht nur dafür sorgt, daß wir ImmigrantInnen, Flüchtlinge von den Angriffen, Ereignissen "seelischen Schaden" davon tragen, sondern nicht mehr unseres Lebens sicher sind.
Von einer Justiz, die nur aus Deutschen besteht, weder dem Rassismus in diesem Land ausgesetzt ist, noch sich jemals durch die Ereignisse und dem Klima bedroht fühlt, doch seiner deutschen Tradition treu die Verhältnisse in diesem Land umdreht, aus uns eine brutale Mörderbande zu konstruieren versucht und aus den Nazis arme Opfer macht, mit Urteilen wie im Falle des Auschwitz-Leugners Deckert auch auf der juristischen Ebene Angriffe, Pogrome, Morde an uns ImmigrantInnen und Flüchtlingen legitimiert, somit die gesellschaftlichen Bedingungen für uns völlig ausblendet.
Wir leben in einem Land,
-in dem es seit der Wiedervereinigung mehr als 60 Tote (Morde) und mehr als 10 000 gewalttätige Angriffe auf MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose und AntifaschistInnen gibt.
- in dem Naziaufmärsche, Veranstaltungen geduldet und durch die Polizei, Justiz und die Politiker unterstützt werden.

Alle freuen sich über Poooohoost!!!!

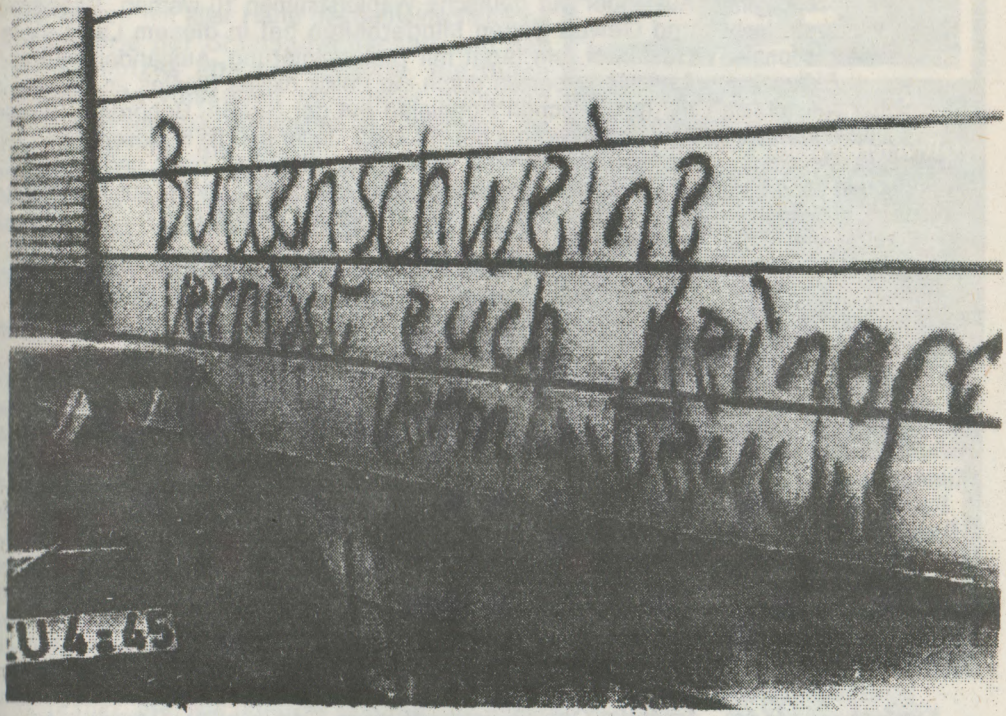
Mehmet Ramme
BuchNr.: 5436/3
UHA Moabit, Alt-Moabit 12a
10559 Berlin

Seyho Karaaslan
UHA Moabit
Adresse wie Mehmet

Carlo Blietz
UHA Moabit
Adresse wie Mehmet

Erkan Sönmez
Karl-Bonhoefer-Nervenklinik
Oranienburgerstr. 285
13437 Berlin

- in dem Menschen wegen ihrer Hautfarbe und Herkunft von rassistischen Totschlägern auf der Straße gejagt und zu Tode getreten werden, hunderte Menschen bzw. Deutsche danebenstehen und die Angreifer begeistert beklatschen und bejubeln.
-in einem Land, in dem wir tagtäglich auf Behörden, Schule, Arbeit und auf der Straße diskriminiert, angepöbelt und bedroht werden, die Grenzen für Menschenwürde, Recht und das Recht auf Leben



seit langem nicht mehr existieren.
- die traurigen und zugleich erschreckenden Bilder, für viele Menschen, doch für uns Immigrantinnen, Flüchtlinge einen real existierende Bedrohung, in Rostock, Hoyerswerda, Mölln, Solingen, wo Menschen im Schlaf angezündet und ermordet werden, wo eine Horde von Neonazis und rassistische Totschlägern mit einer großen Zustimmung eines Teils der Bevölkerung tagelang versucht, mehr als hundert Flüchtlinge im Feuer zu begraben.
- eine Polizeihundertschaft, die schweigend und im stillen Einverständnis mit den Mördern sich zurückzieht und zuschaut. Die gleiche Polizei, die, wenn es um antifaschistische Demos, Veranstaltungen geht, sehr wohl ihre Macht demonstrieren kann, in dem es eine Menschenmenge knüppelschwingend auseinanderhauen kann und dies in der Presse als einen Erfolg gegen sog. Linksextremisten und Chaoten verlauten läßt.

Internationale Solidaritätsaktionen: In ganz Europa kam es zu größeren und kleineren Solidaritätsaktionen vor deutschen Einrichtungen. Der Tag vor Prozeßbeginn wurde zu einem Internationalen Aktionstag: Holland (Amsterdam und Rotterdam), England (in Manchester Kundgebung vor der dt. Botschaft, in Newcastle Kundgebung in der Innenstadt), Norwegen (Bergen und Tromsö), Finnland (Helsinki), Spanien (in Barcelona und Valencia Kundgebung vor dem dt. Konsulat), Frankreich (in Paris Kundgebung vor der dt. Botschaft, kurzzeitige Besetzung des Goethe Instituts in Lyon, Kundgebungen in Rennes und Lille), Österreich (Demo zur dt. Botschaft in Wien), Schweiz (in Zürich Kundgebung vor der dt.-schweizerischen Handelskammer, Öffenlichkeitsaktionen in Fernzügen mit Fahrtziel Deutschland), Polen (in Wroclaw Kundgebung vor dem dt. Konsulat). Selbst außerhalb Europas, in Washington D.C. fand eine Kundgebung vor der dt. Botschaft statt.

- Die Reaktion dieses Staates, der Politik und der Medien öffentlich um Verständnis für die Ängste und sozialen Probleme der Angreifer, Mörder, Brandstifter zu werben, das Asylrecht zu verschärfen bzw. abzuschaffen und im Ergebnis die Opfer aufgrund ihrer bloßen Anwesenheit zu den eigentliche Tätern erklärt.
- in dem etablierte Parteien diese rassistischen-faschistischen Ereignisse zum Anlaß nehmen, wie mit Parolen "das Boot ist voll", "Asylantenschwemme" und "wir sind auch gegen das Wahlrecht für Ausländer" für deutsche Wählerstimmen zu werben. Rassismus und Gewalt gegen Minderheiten hat in diesem Land vielen Gesichter, sie fängt mit Diskriminierung, Ausländergesetzen, Asylantengesetzen durch die Politik dieses Staates an und endet mit rassistischen Pöbeleien auf der Straße, Behörden, Schule, Arbeit und bedroht unser Leben. Jeder der/die in diesem Land lebt und diese Ereignisse schweigend hinnimmt, billigt und unterstützt die militanten, rassistisch-faschistischen Angriffe auf Flüchtlinge, ImmigrantInnen, auf unser Leben, Würde und erklärt uns als lebensunwert.

So sieht unsere Realität aus, mit einer Gewalt in der Politik und auf der Straße konfrontiert, die keine Grenzen mehr kennt, ist es für uns MigrantInnen, Flüchtlinge und allen anderen Minderheiten wichtig und lebensnotwendig, uns zu organisieren.

In einem Klima der zunehmenden Gewalt von rechts, der Rechtlosigkeit für Minderheiten, Ausgrenzung, Diskriminierung und der Bedrohung auf unser Leben, hat sich die Initiative Antifasist Genclik (Antifaschistische Jugend) gegründet. Gegründet von Menschen verschiedener Generationen, in der auch ich (Fatma) aktiv bin. Antifasist Genclik ist eine offen und legal agierende Initiative, sie ist weder hierarchisch strukturiert, noch gibt es Menschen, die sich als Anführer begreifen oder es in dem Sinne praktizieren. Der Schwerpunkt unser antifaschistischen Arbeit liegt darin, durch eine längerfristige politische Arbeit mit MigrantInnen, antifaschistischen Initiativen, allen humanitär und demokratisch eingestellten Menschen gemeinsam, unsere sozialen und politischen Interessen zu verteidigen und sie durchzusetzen. Antifasist Genclik versucht durch eine gezielte politische Arbeit, speziell die Probleme der hier lebenden MigrantInnen, unserer Eltern, Familien, Jugendlichen, aufzugreifen und sie beim Namen zu nennen, eine breite Öffentlichkeit zu organisieren, die mit uns zusammen unsere Forderungen nach doppelter Staatsbürgerschaft, Wahlrecht für ImmigrantInnen, Gesetze gegen Diskriminierung und Ausgrenzung durchzusetzen, indem wir Veranstaltungen, Demonstrationen organisieren und eine Zeitschrift herausgeben. Neben Demos und Veranstaltungen finden wir es wichtig und notwendig, nicht länger bereit zu sein, sich zu verstecken, wenn Neonazis auf der Straße marschieren, Veranstaltungen abhalten und ihre menschenverachtende Politik verbreiten, sondern gemeinsam hingehen, sie zu stören und zu verhindern. Denn wir haben früh genug lernen müssen, daß nur ein entschlossenes Entgegentreten im Vorfeld, die Ausbreitung faschistischer Organisierung und Angriffe verhindern kann/wird. Wir begreifen uns als Teil der antifaschistischen Bewegung in

Deutschland. Weder die Antifaschistische Bewegung in Deutschland, noch die eigenständige und unabhängige Initiative Antifasist Genclik, haben es sich zum Ziel gesetzt, propagiert oder entsprechende Aktionen durchgeführt, die bewußt zum Tode eines Neonazis führen sollten, jeder Tod eines Menschen ist nie ein angestrebtes oder auch nur gebilligtes Resultat von antifaschistischen Aktionen.

- Wir lehnen mit aller Härte die gemeinschaftliche Mordtheorie der Staatsanwaltschaft und des Staatsschutzes ab, eine Theorie, die durch manipulierte Aussagen und unter dubiosen Umständen zustande gekommen ist. Diejenigen, die uns heute hier als Mörder und Gewalttäter verurteilen wollen, verurteilen alle Menschen, AntifaschistInnen, die für ein Leben kämpfen, in der jeder, egal welche Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht leben kann, ohne Ausgrenzung, Diskriminierung und Angst.
- Wir hoffen, daß die Interessen der StA, Staatsschutz und Politik uns für Jahre in den Knast zu stecken, nicht aufgehen wird.
- daß eine breite, antifaschistische Öffentlichkeit uns in unseren Forderungen und der Legitimität des antifaschistischen Kampfes nicht allein lassen und unterstützen wird.
- Und wir sagen noch einmal: Der Kampf gegen Faschismus, Sexismus und Rassismus ist gerecht und notwendig!
- Wir grüßen alle Menschen, AntifaschistInnen, Initiativen, die uns seit Monaten nicht allein gelassen haben und uns unterstützt haben, unsere Freilassung gefordert haben und werden!

Die letzten Nachrichten zum Schluß: Abidin ist nun "richtig" frei! Nachdem er erst nur aus der Haft entlassen wurde, erhielt er endlich den gerechtfertigten Freispruch. Die skandalös niedrige Haftentschädigung für ein halbes Jahr U-Haft begründete die Richterin mit Abidins Aussagenverweigerung: Er hätte offen reden können, wo er doch unschuldig war...Fatma ist aus dem Knast raus, hat aber noch kein Urteil bekomen. Dies ist jedoch noch kein Grund zur über-mäßigen Freude, denn es befinden sich immer noch 5 Leute in Haft. Ihnen und allen anderen politischen Gefangenen und denen, die sich immer noch auf der Flucht befinden, wünschen wir weiterhin viel Kraft und alles Liebe.
Wer an weiteren aktuellen Nachrichten über den weiteren Prozeßverlauf interessiert ist, empfehlen wir die "HERZSCHLÄGE" zu lesen (gibts z.B. im Conne Island) oder die "junge Welt".

Das du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.

Wir brauchen auch Geld für die Unterstützung der gefangenen Antifas.

M. Holzberger
Kto.-Nr.: 1300 953 00
Commerzbank
BLZ 100 400 00

ACHTUNG!
Adressenänderung!
FreundInnen und UnterstützerInnen der gefangenen + gesuchten Antifas, c/o Prozessbüro,
Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin.
Tel.+Fax: 694 93 54

PS: Es gibt jetzt eine neue Schallplatte zur Unterstützung der gefangenen Antifas mit den Bands: FRIENDS OF BARNEY und SLIMY VENEREAL DESEASES. Sämtliche Erlöse aus dem Verkauf der LP gehen an die UnterstützerInnen der gefangenen türkischen und kurdischen Antifas aus Berlin. Gibts im CONNE ISLAND am Tresen - lecker!

IMMER WIEDER MAUL HALTEN!

Dieses Thema wird von uns ja nun nicht zum ersten mal versucht anzugehen. Wir sind der Meinung, daß eine Beschäftigung mit dieser Thematik regelmäßig erfolgen muß, um in Situationen, welche oft sehr überraschend kommen, nicht völlig kopflos dazustehen. Die steigende Notwendigkeit eines solchen Vorgehens (konsequente Aussageverweigerung) wird in letzter Zeit wieder deutlicher. Daß es selbst erfahrenen Menschen passieren kann, daß sie sich leichtsinnig verquatschen, verdeutlicht die Schwierigkeit mit einer Situation fertig zu werden, die unerwartet eintritt. Wie schnell fühlt man sich in einer bedrohlichen Situation eingeschüchtert, oder zu einem "belanglosen Gespräch" verleitet.

Die Möglichkeiten der Bullen an Informationen heranzukommen sind sehr verschieden. Es beginnt bei den Kontaktbullen, die mittlerweile auf jeder Demo auftauchen, und endet mit der Beugehaft bei Nichtaussage vor Gericht. Grundsätzlich muß noch einmal betont werden, daß das Erscheinen zu Vorladungen von Staatsschutz oder Bullen nicht Pflicht ist, sondern nur die Vorladungen vom Gericht zu befolgen sind. Aber auch vor Gericht kann man als Zeuge (natürlich erst recht als Beschuldigte/r) die Aussage verweigern.

Der Umgang mit Verhörversuchen direkt nach einer Festnahme erscheint am schwierigsten, wenn man die Ausnahmesituation bedenkt in der sich der Verhaftete befindet. In diese Situation wird man gezwungen, und muß sich in ihr in irgendeiner Form verhalten.

Das Wissen um die Rechte (keine Aussagepflicht!) wird überlagert und beeinflußt von der Behandlung und dem Verhalten der Bullen. Es könnte also passieren, daß dich die Bullen während einer Hausdurchsuchung in der ersten Aufregung fragen: "Wer wohnt denn noch hier?" und in dieser beschissenen Situation, im Gefühl des Ausgeliefertseins entsteht das verständliche Bedürfnis nach einem Gespräch - genau darauf warten die Bullen. Auch in Bullenwannen ist jedes Gespräch mit ihnen gefährlich. Da hilft nur eins, ruhig bleiben einen klaren Kopf behalten, und nicht auf eventuelle Provokationen reagieren. Du mußt versuchen jeden nötigen Kontakt auf eine formale Ebene zu ziehen: Verlange den Durchsuchungsbeschluß, verlange den Anwalt anzurufen, auch wenn dir dieses Recht oft verweigert wird.

Zu folgenden Angaben nach einer Festnahme bist du verpflichtet:
- Name
- Adresse
- Geburtsdatum
- Geburtsort
- ungefähre Angabe deines Berufes.

Rechtliche Grundlagen

Aussageverweigerung als Beschuldigter

Der Beschuldigte hat ein Recht auf generelle Aussageverweigerung, sowohl bei den Bullen, beim Staatsanwalt, als auch vor Gericht. Allerdings besteht eine Erscheinungspflicht vor dem Gericht.

Für den Beschuldigten ist der Druck, der durch eine Verhörsituation und durch die Bedrohung durch Knast entsteht das zentrale Problem. Um die Möglichkeit von Überraschungseffekten so gering wie möglich zu halten, sollte man schon einige Tricks der Repression kennen. z.B. sagen dir die Bullen: "dein Freund hat schon alles gestanden" oder "wir haben dich sehr deutlich auf einem Photo".

Nur eine generelle Aussageverweigerung schätzt dich, und kann nicht zum Nachteil gegen dich verwendet werden! Das bedeutet: macht ein Beschuldigter auch nur eine einzige Aussage (egal wo), und sei sie noch so unbedeutend, so öffnet der Beschuldigte den Richtern und Staatsanwälten Tür und Tor, die ansonsten beibehaltene Aussageverweigerung gegen den Beschuldigten zu verwenden. Für den Richter heißt dies "freie richterliche Beweiswürdigung", der jede Aussage unterliegt. Daß heißt, er kann also bei wenigen Aussagen spekulieren, warum der Beschuldigte denn nicht auf die anderen Fragen antwortet. Das bedeutet, daß es Teilaussagen im wörtlichen Sinne nicht gibt, da der Aussagende, welcher nur auf bestimmte Fragen antwortet, aber zu anderen die Aussage verweigert immer ein vollständiges persönliches Bild von sich hinterläßt. Wer einmal redet liefert Zusammenhänge und stellt einen Kontext her, auf welchen ein Staatsanwalt nur wartet.

Vor dem Haftrichter

Auch vor dem Haftrichter sind Aussagen zur Sache nicht angebracht, da sie keine U- Haft abwenden, und auch bei der Lieferung eines Alibis kommst du nicht raus. Der Haftrichter erläßt den Haftbefehl wegen "dringenden Tatverdacht" und Haftverschonung wird nur erreicht, wenn die sogenannten "Haftgründe" nicht zutreffend sind. Der Haftgründe gibt es genau vier: Fluchtgefahr, Verdunklungsgefahr, Wiederholungsgefahr und besonders schwere Tatvorwürfe. Bei Vorwürfen wie Mord, Totschlag und Verstoß gegen ß 129a wird grundsätzlich Haftbefehl erlassen. Zu den anderen Haftgründen kann ein Beschuldigter Stellung nehmen. Es ist aber nur ratsam zum Punkt Fluchtgefahr

Rechte nach einer Festnahme

Du hast das Recht:
- den Grund für die Festnahme zu erfahren
- alle Aussagen zu verweigern
- gegen eine erkennungsdienstliche Behandlung schriftlich Widerspruch einzulegen
- im Verletzungsfalle eine -Ärztin zu verlangen und die Verletzung attestieren zu lassen
- ein Protokoll über die beschlagnahmten Sachen zu erhalten
- einen Anwalt anzurufen und nächste Angehörige zu benachrichtigen (Aber am Telefon nicht zu viel plappern!)

Stellung zu nehmen, da es bei den anderen Punkten (Verdunklungsgefahr und Wiederholungsgefahr) unweigerlich zu einer Diskussion über den Tatvorwurf kommen wird. Wer zum Punkt Fluchtgefahr aussagt, sollte auf seinen festen Wohnsitz verweisen, eine Tätigkeit und andere Bindungen z.B. langjährige FreundInnen, Kinder u.s.w. Aber bitte darauf achten, welche Personen genannt werden. Da sich diese Namensnennungen nicht ganz vermeiden lassen ist es angebracht, schon vorher mit betreffenden Personen zu reden. Die Schwierigkeit und Gefahr in dieser Situation wird mit einem Anwalt an der Seite um etliches entschärft.

Im nächsten "Frente" werden wir uns speziell mit der Aussageverweigerung als Zeuge beschäftigen.

Keine Aussagen bei Bullen und Staatsanwaltschaft!

Was tun, wenn die Bullen Dich mitnehmen zu "sich nach Hause"? Das beste ist immer, Du hast einen Anwalt, der Dich rausholt, klar. Aber nun hat nicht jede/r einen Anwalt parat, und wenn Ihr erstmal im Bau seit, ist es fast zu spät, darüber nachzudenken. Schön, wenn sich Leute "draußen" drum kümmern, aber schöner ist es, schnell Besuch von einem Anwalt zu bekommen. Die Bullen wollen bei sowas eine Vollmacht sehen, aus der hervorgeht, daß der Anwalt für Dich arbeitet. Wenn Du im Knast sitzt kannst Du so ein Ding natürlich nicht ohne weiteres ausstellen, es wird also alles unnötig in die Länge gezogen. Besser wäre es gewesen, Du hättest eine Vollmacht hinterlegt (wo sie relativ sicher liegt, und jederzeit von Deinen Freunden rangeholt werden kann), die von Dir unterschrieben ist, wo dann nur noch der Anwalt eingetragen werden muß.

Also, das Teil hier ist eine solches Vollmachtsformular. Benutzt es rechtzeitig, das heißt wenn Ihr denkt, daß "etwas passieren könnte". Falls Ihr nicht wißt, wie und wo Ihr am besten zu einem Anwalt kommt und wie das dann im einzelnen abläuft, informiert Euch einfach entweder im KGB (KoordinierungsGruppenBüro) in der B.-Göring-Str.152 oder bei der Rechtsberatung in der VILLA, K.-Tauchnitzstr. 3. Auf daß Ihr den Wisch nie benutzen müßt!

Strafprozeßvollmacht

Zustellungen werden nur an den/die Bevollmächtigte(n) erbeten!

wird hiermit in der Strafsache – Privatklagesache – Bußgeldsache – Entschädigungssache

gegen

wegen

Vollmacht zu meiner Verteidigung und Vertretung in allen Instanzen sowie im Vorverfahren erteilt, und zwar auch für den Fall meiner Abwesenheit zur Vertretung nach § 411 II StPO, mit ausdrücklicher Ermächtigung auch nach §§ 233 i. 234 StPO, mit der besonderen Befugnis:

1. Strafanträge zu stellen, Rechtsmittel einzulegen, ganz oder teilweise zurückzunehmen oder auf sie zu verzichten und solche auf Strafausspruch und Strafmaß zu beschränken, sowie Zustellungen aller Art, insbesondere auch von Urteilen und Beschlüssen sowie mit ausdrücklicher Ermächtigung zur Empfangnahme von Ladungen nach § 145 a II StPO, entgegenzunehmen;
2. Untervertreter – auch im Sinne des § 139 StPO – zu bestellen;
3. Anträge auf Entbindung von der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung, Wiedereinsetzung, Haftentlassung, Strafaussetzung, Kostenfestsetzung, Wiederaufnahme des Verfahrens, Anträge nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen, insbesondere auch für das Betragsverfahren und sonstige Anträge zu stellen;
4. Gelder, Wertsachen und Urkunden in Empfang zu nehmen, soweit das Verfahren dazu Anlaß gibt;
5. Akteneinsicht zu nehmen.

_____, den _____

_____

(Unterschrift)

55

OFFENES
ANTIFASCHISTISCHES
PLENUM
donnerstags
neunzehnuhr
conne island